

Bezugspreis: Vierteljährl. 9.—, Halbjährl. 16.—, monatl. 2.—. Frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2.—, evtl. für Rechnungsjähr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., bei täglich einmal Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Postamt, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eintragung in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Der „Sozialist“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Normzeile des „Vorwärts“ kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckt Wort 50 Hll. (zwei bis drei gedruckt Worte), jedes weitere Wort 25 Hll. Stempelgebühren und Schlußzeilenanzeigen aus erste Wort 40 Hll., jedes weitere Wort 20 Hll. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungsgeldschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 8. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 117 53-54.

Generalstreik gegen Gewaltfrieden.

Bern, 7. Juli. Der Generalkonvent des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes macht bekannt, daß auch die italienischen Eisenbahner sich dem internationalen Proteststreik anschließen werden. Nach „Avanti“ wurde eine Tagesordnung vorgelegt, die in der Hauptsache folgendes besagt: Das italienische Proletariat beschließt mit größter Energie, sich gegen die Unterdrückungspolitik der Entente aufzulehnen, die darauf ausgeht, die Sowjetrepubliken und die durch den Krieg entstandenen neuen Regimes niederzuhalten. Diese allen Grundätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und aller Gerechtigkeit widersprechende Politik findet in der Anerkennung des von allen freiheitlich Gesinnten bekämpften russischen Abenteuerers Regimes und in den Friedensbedingungen, wie sie von der Entente dem deutschen Volke auferlegt worden sind, ihren Ausdruck. Am gegen diesen Geist der Reaktion und der Unterdrückung, der die Leiter der Ententepolitik beherrscht, und gegen die völkerverhetzende Politik der eigenen Regierung zu protestieren, wird am 20. und 21. Juli das italienische Proletariat mit Ausnahme der im Sanitätsdienst beschäftigten Leute in den Generalstreik eintreten.

Uebersiedlung der deutschen Waffenstillstandskommission.

Wie die P. P. R. erfahren, hat die Deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 7. Juli donnerstags Spaa verlassen. Ein Teil der Mitglieder siedelt nach Düsseldorf über, der andere Teil kehrt nach Berlin zurück. Von deutscher Seite ist vorgeschlagen worden, daß die Waffenstillstandskommission, die bekanntlich für die Zeitdauer bis zur endgültigen Ratifizierung des Friedens von Spaa nach Düsseldorf verlegt wird, Zivilleitung erhält, und zwar in der Person des früheren Oberbürgermeisters von Rosen Dr. Wilm, der bereits mehrere Monate als Referent für wirtschaftliche Fragen in Spaa tätig war. Es ist dafür gesorgt, daß der Dienstbetrieb, namentlich in der Frage der Kriegsgefangenen und der Eisenbahn unbedingt sichergestellt bleibt. Die deutschen Vorschläge liegen augenblicklich den Alliierten zur Gegenüberlegung vor.

Für die deutsche Einheitsrepublik

Unter den auf dem Parteitag in Weimar angenommenen Anträgen befindet sich auch einer, der sich für die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik ausspricht. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen, und der Vorsitzende, Genosse Heinrich Schulz, hielt diese nahezu einmütige Rundgebung des ganzen Parteitag für so bedeutungsvoll, daß er seiner besonderen Freude über diesen spontanen Beschluß Ausdruck gab. Schon vorher aber hatte der Berichterstatter der Fraktion, der Genosse Löbe, es in seinem Referat als einen Jammer bezeichnet, daß es uns im Verlaufe der Revolution bisher nicht gelungen sei, zu einem deutschen Einheitsstaate zu gelangen. Jetzt, nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet worden ist, wird diese Frage für das deutsche Volk erneut aktuell. Die Hand des Gegners liegt schwerer auf allen deutschen Gauen und die Bevölkerung der einzelnen Gliedstaaten wird mehr als bisher zu fühlen bekommen, daß wir alle gemeinsam die harte Last tragen müssen. In dieser Not aber, so sollte man meinen, müßte dieses zu erhöhtem Ausdrück gelangende Gemeinheitsgefühl in Stande sein, jene Schranken niederzureißen, die zwischen den einzelnen Bundesstaaten heute noch bestehen und die repräsentiv ihren Ausdruck im Staatenbunde finden. Fast von allen Seiten haben es die Gegner fertig gebracht, vom Leibe Germaniens ein Stück abzuschneiden, einige Millionen Volksgenossen von uns zu scheiden, um sie teils ihren eigenen, teils neu zu bildenden Staaten einzuverleiben bezw. zuzuführen. Angesichts einer solchen Tatsache sollte man glauben, daß sich die übrigen, im gemeinsamen Leid vom Feind bedrängten Gebiete um so fester zusammenschließen müßten. Statt dessen erleben wir, wie wieder wie ehemals, jedes einzelne der verschiedenen Vaterländer monatelang an einer neuen Verfassung herumbat und herumdokort. Die immer noch die alte kostspielige Verwaltung, die im Mittelpunkt des eigenen Ländleins den Zenith alles Weltgeschehens sah, behielten oder gar noch kostspieliger ausgebaut wird. Und wie man vielfach immer noch den alten, unterm in Stücke geschlagenen Obrigkeitsstaat berechneten Idealen huldigt, die darin aller Weisheit letzter Schluß sehen, daß man seine diplomatischen Künste gegenüber dem Nachbarländleins spielen lassen müsse. Und sind doch letzten Endes alles Deutsche. Besondere Gründe für einen restlosen Zusammenschluß der verschiedenen deutschen Staaten, einschließlich des Aufgehens der freien Städte in den sie umgebenden Ländern, brauchen heute kaum noch angeführt werden. Es genügt, wenn wir darauf hinweisen, daß wir neben einer Vereinfachung der Verwaltung auch eine wesentliche Verbilligung derselben erzielen würden und daß der Einheitsstaat schließlich auch etwaigen Sehnsüchten gestützter Potentaten, der hoffnungsvollen Phantasie früherer Gottesgnadenmänner erfolgreich als der gegenwärtige Zustand den Weg verbauen würde. Unseres Erachtens ist es ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß es durchweg selbstlose Gründe sind, die die maßgebenden Verantwortlichkeiten bestimmen, die Anstalten der früheren Reichthaber weiter zu hegen und zu pflegen. Schon daß die Bestandteile einzelner Gliedstaaten so humorvoll im Reiche verstreut sind, sollte schärfer zu denken geben. Man erinnere sich nur an Oldenburg. Das eigentliche Oldenburg liegt oben an der Nordsee, ein anderer Teil dieses früheren Großherzogtums, das Fürstentum Lüneburg, liegt weit weg an der Ostsee und ein dritter Teil, das bisherige Fürstentum Birkenfeld, liegt gar 300 Kilometer entfernt am Rande, jenseits der Mosel. Was die Laune Metetrichs auf dem Wiener Kongreß geschaffen, besteht also noch heute unverändert fort. Und ist es etwa mit dem Württembergischen gelegenen böhmischen Bezirken, oder den Hansestädten wesentlich anders. Ganz unnatürlich liegen diese Gebilde als Pflaß im Fleische anderer Staaten. Aber auch davon abgesehen, sind es nicht immer Gründe wirtschaftlicher oder völkischer Art, die als Hindernisse des Zusammenschlusses, des Aufgehens ineinander im Wege stehen. Diese Faktoren waren bei Entstehung der heutigen Kleinstaaten selten treibendes Moment, vielmehr spielte das Verlangen raubwilliger Herzöge, die Morgengabe irgendeiner Prinzessin oder eine andere Familienangelegenheit vor grauen Zeiten verflorenen Potentaten bei der Staatenbildung die maßgebende Rolle. Und heute?

Riga von den Deutschen geräumt.

Berlin, 7. Juli. Wie die deutsche Gesandtschaft in Riga meldet, ist Riga von den deutschen Truppen geräumt worden. Die militärische und die politische Lage ist im übrigen unverändert.

Der Zwischenfall in Spaa.

Nach keine Erledigung. Auf die Note des Generals Delobbe vom 4. Juli hat General v. Hammerstein, wie die P. P. R. erfahren, am 5. Juli folgende Entgegnung überreichen lassen:

„Ich habe die Ehre, den Empfang der Note vom 4. Juli betreffend die Vorfälle vom 30. Juni in Spaa zu bekräftigen. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der Herr General diese Vorfälle als tief bedauerlich bezeichnet, wie General Rudant es am 2. Juli schon getan hatte.“

Die Entgegnung wendet sich dann weiter gegen die von belgischer Seite beliebte Kennzeichnung der deutschen Darstellung als Uebertreibung und weist die Bemerkung General Delobbes zurück, daß die belgische Obrigkeit von Spaa allein zuständig gewesen sei, die Manifestation zu verhindern.

Die Antwortnote schließt folgendermaßen:

„Ich habe mich nicht an die belgische Obrigkeit, sondern an den Vertreter der belgischen Regierung zu wenden, und es handelt sich für mich jetzt darum, daß ich von der belgischen Regierung eine Genugtuung erhalte. In Uebereinstimmung mit dem Schlußsatz der Note des Generals Delobbe vom 4. Juli möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß ich die Angelegenheit noch nicht als erledigt ansehe, denn ich kann nicht glauben, daß die belgische Regierung es bei dem von General Delobbe für sich persönlich ausgesprochenen Bedauern bewenden lassen will.“

Mündlicher Gedankenaustausch mit Frankreich.

Hang, 7. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Am Montag werden die Deutschen zum ersten Male mündliche Unterhandlungen mit den Alliierten in Versailles führen. Die Beratungen werden den Rheinstatus als Gegenstand haben. Die Deutschen hatten erklärt, die Ausführung des Rheinabkommens für unmöglich zu halten und verlangten daher einen mündlichen Gedankenaustausch, welchen der Rat der fünf Außenminister bewilligte.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages.

Eine Note Clemenceaus. Versailles, 7. Juli. Ministerpräsident Clemenceau überreichte gestern abend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Freiherrn v. Versner, die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen auf die Note betreffend die Ratifizierung des Friedensvertrages. In der Antwort wird gesagt, die Ratifizierung müßte sich auf sämtliche Akte, die ein Ganzes bildeten, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betreffend die Befestigung der Rheinlande. Diese Dokumente bildeten die Friedensbedingungen und seien eines von dem andern untrennbar. Aus diesen Gründen könnten die drei Akte nur als ein einziges Ratifikationsinstrument angesehen werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Schleswiger.

Minister Stauning über die Abstimmung.

Kopenhagen, 7. Juli. Minister Stauning, das sozialdemokratische Mitglied der dänischen Regierung, erklärte gestern in einer Rede zur schleswiger Frage: Die sozialdemokratische Partei hat sich oft mit der nord-schleswiger Frage beschäftigt, jedoch ohne sie zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen. Wir haben in gemeinsamer Arbeit mit den deutschen Parteigenossen eine Verständigung erzielt, die die Abtretung Nord-schleswigs sichert bei gleichzeitiger Anerkennung des Rechtes unserer Landsleute, selbst die Entscheidung zu treffen, ohne eine Feindschaft hervorzurufen, die durch andere Grenzverbindungen entstehen würde. Aber wir haben offen den Versuch entgegengelehrt, deutsche Gebiete zu annektieren, weil das für unser Land zukünftig ein Unglück sein würde. Wir werden die Flensburger Bevölkerung willkommen heißen, wenn sie sich dahin aussprechen sollte, als dänische Stadt mit Dänemark wieder vereinigt zu werden. Aber wir werden auch weiter die Versuche bekämpfen, Rationalitätsgründe zu fällen, wenn für Bestimmungen unter fremder Bevölkerung alles andere als nationale Rücksichten bestimmend sein sollten.

Revision des österreichischen Friedensvertrages.

Bern, 7. Juli. Die der Pariser Korrespondent der „Agence Centrale“ erklärt, ist die Ueberreicherung des deutschösterreichischen Friedensvertrages infolge einer vollständigen Wenderung in der Haltung der Alliierten gegenüber Deutschösterreich verzögert worden. Um Deutschösterreich nicht in die Arme Deutschlands zu treiben, sei eine vollständige Revision der territorialen Klauseln sowie eine Revision der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen dorgenommen worden.

Nun, auch heute dürfte es zuweilen eine gesellschaftliche oder finanzielle Piründe sein, die diesen oder jenen Minister, diesen oder jenen hohen Beamten innerlich in seiner Haltung bestimmt. Käme sie doch bei einem Zusammenschluß mit anderen Staaten in Gefahr verloren zu gehen! Solche Herren sind es besonders, die der Bevölkerung viel von ihrer „geschichtlich bedingten“ Eigenart zu erzählen wissen, um so ihre eigenste Eigenart desto deutlicher verbergen zu können. Oder auch, es treten Auffassungen ans Licht, wie Angst in Oldenburg, wo die Zentrumsprelle erklärte, sie müsse sich schon deshalb einer Zusammenfassung der beiden wirtschaftlich einander so trefflich ergänzenden Staaten Oldenburg und Bremen widersetzen, weil nach einer solchen Vereinigung die Sozialdemokratie im neuen Parlament die Mehrheit erlangen würde. — Also das Parteinteresse wird zuweilen über das Wohl der Allgemeinheit gestellt!

Ein Zusammenschluß solcher kleiner Einzelstaaten, die einander benachbart sind und wirtschaftlich einander ergänzen, ist aber heute auch schon begrüßenswert. Er greift der später doch einmal kommenden deutschen Einheitsrepublik durchaus nicht vor und der Parteitag hat daher auch den im Werden begriffenen politischen und wirtschaftlichen Lebensfähigen Staat Groß-Teuringen alles Gute gewünscht. Stammeseinheit und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit oder Ergänzung sind zumindest Triebkräfte, die einer Berechtigung nicht entbehren und auch die von uns angestrebte einheitliche Republik will nicht das eigenartige Leben der einzelnen Volksglieder ersticken, sondern den Gesamtstaat nur kraftvoller zusammenfassen. Wenigstens zusammenfallen in einer zweckmäßigen Gliederung, die der Plan- und Sinnlosigkeit der gegenwärtigen Gliederung mit der Verschiedenartigkeit der einzelnen Landesgesetzgebungen ein Ende macht.

Seider ist dieses in der neuen Verfassung nicht gelungen. Wohl hat die Zentralisierung einen guten Schritt vorwärts getan, die politische Demokratie ist einheitlich durchgeführt und auch die Reichsgesetzgebung ist wesentlich erweitert worden. Die „Verwirklichung“ der Eisenbahnen wird folgen. Aber dem von uns angestrebten Ideal stehen wir noch weit entfernt. Es bleibt also unsere Aufgabe, den Gedanken der deutschen Einheitsrepublik weiter zu propagieren, ihm immer neue Anhänger zuzuführen.

Schließlich ist auch aus seiner Verwirklichung ein Teil jenes schmerzvollen Weh und Ach zu futrieren, das unser Volk in den letzten Monaten durchschüttelte.

Nackte Parteijustiz.

Die „Freiheit“ und der Prozeß Klüber.

Die „Freiheit“, die während der Verhandlungen gegen die Mörder Klüber dauernd geschwiegen hat, wird jetzt auf einmal geschreiend. Jetzt stellt sie sich heraus, warum sie ihren Lesern den Prozeßbericht beharrlich vorenthielt: nämlich, um den in Unwissenheit Gehaltene jetzt vorlegen zu können, den Tätern sei gar nichts nachgewiesen und das Urteil gegen sie sei ein gemeines Klassenurteil. Jetzt auf einmal erklärt die „Freiheit“, nachdem sie vorher sämtliche Berichte als unzuverlässig abgelehnt hat, daß der Berichterstatter des unabhängigen „Halleischen Volksblattes“ dem Prozeß von Anfang bis Ende beigewohnt hat. Der Mann hätte doch sicher gern gegen ein bescheidenes Honorar der „Freiheit“ einen Durchschlag seines Prozeßberichts geliefert! Aber die „Freiheit“ hat gar nicht daran gedacht, sich von ihrem parteieigenen Berichterstatter über den Prozeß berichten zu lassen, denn dann könnte sie ihren Lesern jetzt nicht die Hude voll lägen!

In Wahrheit ist ein sehr genauer und lückenloser Schuldbeweis geführt worden. Zahlreiche einwandfreie Zeugen haben die Angeklagten als diejenigen wiedererkannt, die Klüber geschlagen, über das Bräutigamskleid geworfen, ihm die sich festklammernden Hände losgerissen, den sich Rettenden

ins Wasser zurückgestoßen und auf den zu Tode gemarterten Mann schließlich noch geschrien haben. Dazu haben sich noch die Angeklagten selber gegenseitig in der allerhöchsten Weise belästigt. Trotzdem schreibt die „Freiheit“, das Urteil hätte höchstens auf ein „non liquet“ (nicht bewiesen) lauten dürfen.

Nun gut, wir haben auch dafür Verständnis, daß man in den Anforderungen an einen Schuldbeweis bis zur äußersten Grenze gehen kann. Aber dann muß man das immer tun und nicht gerade dann, wenn es einem in den Aram paßt. In dem Prozeß gegen die Mörder Liebknechts hat die „Freiheit“ auf einem ganz anderen Standpunkt gestanden. Hier verlangte sie trotz großer Lücken im Schuldbeweis bedingungslos Verurteilung und Tode, als diese nicht erfolgte. Dabei muß jeder objektiv Urteilende sagen, daß im Prozeß Liebknecht — mit Ausnahme vielleicht der Täter Runge und Vogel — auch nicht annähernd ein so lückenloser Schuldbeweis geführt werden konnte, wie im Falle Klüber, namentlich nicht gegen die Mörder Liebknechts, für dessen Ermordung Zeugen völlig fehlten, während die Angeklagten selber geschlossen leugneten, so daß die Verurteilung nur auf Indizien hin hätte erfolgen können. Der „Freiheit“ genügt dieser Indizienbeweis trotz zahlreicher Widersprüche völlig. Im Falle Klüber halten sie die positivsten und bestimmtesten Aussagen von Zeugen nicht ab, um einen Freispruch zu verlangen. Im Falle Liebknecht fordert sie auf Grund eines sehr lückenhaften Indizienbeweises Verurteilung. Da muß man schon sagen: Solche Anwendung von zweierlei Maß ist nackte Parteijustiz.

Und das gibt ja die „Freiheit“ schließlich selber zu, indem sie für die Freisprechung der Angeklagten eintritt, auch wenn sie die Täter gewesen sein sollten, indem sie behauptet, diese seien nur „Opfer der Regierungspolitik“ und ihre durch die Entbehrungen des jahrelangen Krieges zermürbten Körper vermochten nicht mehr die Kraft aufzubringen, ihre Leidenschaft zu bezwingen!

Also die Entbehrungen des Krieges ermächtigen jeden U. S. P.-Mann, einen Menschen in der bestialischen Weise zu Tode zu martern! Sophistische Gründe zur Rechtfertigung einer Partei- und Klassenjustiz hat schließlich auch die Reaktion nicht gebraucht. Solche Grundsätze bedeuten schließlich nur: ein Parteianhänger der U. S. P. (natürlich nur ein solcher) kann jede Schamlosigkeit begehen, die er will, es findet sich schon ein Grund, ihn freizusprechen. Aber diese Maximen wundern uns nicht; wo die von den Unabhängigen erstrebte Räteidiktatur herrscht, da wird tatsächlich nach ihnen geurteilt. Gott schließe uns vor dieser Sorte „Gerechtigkeit“.

Zweierlei Maß.

Unabhängiges Liebgelü mit dem Belagerungszustand.

Die „Freiheit“ gibt die Rede des Abgeordneten Dr. Oskar Cohn aus der Nationalversammlung nach dem Stenogramm wieder, in der sich der unabhängige Wortführer gegen die Bestimmungen der neuen Reichsverfassung über den Belagerungszustand wendet. Bekanntlich wurde Dr. Cohn sofort erwidert, daß gerade seine Parteifreunde, wo sie auch zur Alleinherkunft gelangten, in München, Bremen usw. als erste Tat den Belagerungszustand verhängt haben. Diesen unbedeutenden Vorwurf sucht Dr. Cohn mit folgender Sophisterei abzuwehren:

„Es ist ein Unterschied, ob eine um die Nacht ringende Partei, nennen Sie sie Räteregierung oder wie Sie sonst wollen, von der Gesetzlichkeit abweicht, oder ob es die Regierung tut, die immer und immer wieder versichert, sie sei die wahre und gesetzliche und demokratische Regierung.“

Also, wenn eine kleine Gruppe von brutalen Machtpolitikern alle Mittel der Gewalt spielen läßt, um die Regierung an sich zu reißen, so hat Herr Dr. Cohn Verständnis dafür. Wenn aber die vom Volke durch freie Wahl berufene Regierung dagegen die Mittel anwendet, die allein wirksam sind, dann Bauer ist das ganz was anderes.

Bund zur Auslieferung Wilhelms II.

Sie wollen Wilhelm nach Deutschland haben.

Dieselbe „Post“, die in den letzten Tagen, noch in ihrer gestrigen Morgenausgabe ihre Leser benachrichtigt, daß Holland den Kaiser nicht ausliefern würde, bringt in ihrer Abendausgabe einen offenen Brief an den Kaiser von der „Zentralstelle des Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.“ in Berlin. Die „deutschen Männer und Frauen“ fordern „ihre Majestät“ auf, die Heimkehr ernstlich in Erwägung zu ziehen. Dann folgen die alibekanntenen Phrasen von den „tausend und abertausend deutschen Männern“, die sterbend ihrem heißgeliebten Kaiser zuzuhören: „Ave imperator, morituri te salutant!“ (Sei gegrüßt, Kaiser, die in den Tod Gehenden grüßen Dich!)

Man fragt erstaunt, was die Verfasser des Aufrufs, für die ein Hauptmann Hering zeichnet, eigentlich wollen. Sie behaupten, den Schutz des Lebens Wilhelms zu bezwecken. Das kann aber nicht der Fall sein, denn wenn der Bund das wirklich wollte, dann ließe er Wilhelm ruhig in Holland, wo er sich zurzeit relativ am sichersten befindet.

Denn das Deutschland Wilhelm, sobald dieser deutschen Boden betritt, auf Grund der Friedensbedingungen sofort ausliefern muß, dürfte selbst den Kaiserbündlern nicht unbekannt sein. Aber offenbar wollen sie gerade diesen Fall provozieren, um ihn für parteipolitische Zwecke auszunutzen.

Da haben wir ein wunderbares Beispiel „Germanischer Mannes-treue“. Unter dem Vorwand, den Kaiser zu schützen, betreibt man seine Auslieferung an die Entente, weil man sich davon ein gutes politisches Agitationsmaterial gegen die Republik verspricht. Keine Gesellschaft!

Keine Märtyrerkette für Wilhelm. Aus London wird gemeldet: „Observer“ schreibt: Die Aussicht des Gerichtsverfahrens erweckt bei uns keine Begeisterung; das Todesurteil würde nur den Kaiser in den Augen der Sentimentalisten zu einem Märtyrer machen. Es wäre besser gewesen, ihn in seiner Bedeutungslosigkeit zu belassen. — Das ist derselbe Standpunkt, der von uns des öfteren zum Ausdruck gebracht wurde.

„Der Mensch beginnt erst beim Offizier“ — das ist offenbar heute noch die Ansicht der „Kreuz-Zeitung“. Sie veröffentlicht die Besuchsübersichten verschiedener Regimenter und nennt die Zahl ihrer Toten im Weltkrieg. Bei den Kaiserleuten sind es 140 Offiziere und 4607 Unteroffiziere und Mann, beim 5. Garde-Regiment zu Fuß 85 Offiziere, 4525 Mann, beim Grenadier-Regiment Kronprinz 144 Offiziere und 5292 Mann usw. Diese gewiß erschütternden Zahlen bringt die „Kreuz-Zeitung“ unter der Überschrift „Offiziersverluste“ und weiß dazu nur zu bemerken, daß sie einen Heberblick über die hohen Verluste des Offizierskorps geben. Natürlich, neben 86 Offizieren spielen 4500 tote Grenadiere, neben 140 toten Offizieren 4000 tote Fußkrieger gar keine Rolle! Für die Begriffe der „Kreuz-Zeitung“ sind nur die paar hundert Offiziere Menschen, um die zu trauern sich lohnt, das andere ist eben „Passe“, deren Untergang der aristokratischen „Kreuz-Zeitung“ sehr weh tut.

Ernährungsmärchen. BVB gibt bekannt: Die von einer Korrespondenz verbreitete Nachricht, daß den Bäckern von jeher ab ein Drittel mehr Mehl zugewiesen würde, daß vom 15. August ab eine sehr starke Brotpreissteigerung plahgeheissen und daß der Brotpreis dann etwa auf 2 bis 2,50 M. sich stellen würde, greift, wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, auf Neußerungen zurück, die angeblich in einer Bäckerversammlung gefallen sind. Diese Mitteilung hat sich schon wiederholt als unzuverlässig erwiesen. Unrichtig ist zunächst, daß die den Bäckern zugewiesenen Mehlmengen dauernd um ein Drittel erhöht werden. Es handelt sich bei der jetzigen Mehrgewährung vielmehr nur um die Mengen, die erforderlich sind, um das Brot herzustellen, das der Bevölkerung zur Zeit als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln gegeben wird. Unrichtig ist weiter, daß der Magistrat irgendwelche Mitteilung über den zukünftigen Brotpreis gegeben habe. Da über die Höhe des künftigen Getreidepreises und damit auch des Mehlpreises noch gar kein Beschluß gefaßt ist, so dürften die angegebenen Zahlen sich nur als Phantasierechnung darstellen.

Franzosen in Frankfurt.

Von Max Ed. Troll.

Ich bin kein Chauvinist. Nie gewesen. Und doch habe ich mich am letzten Dienstag geärgert über französische Offiziersuniformen. Nur über Uniformen. Sie sind ja schließlich das Symbol des Militarismus.

Da saßen sie in einem Kaffee im Zentrum — drei Stück auf einmal — und draußen auf der Straße stolzierten auch ein paar und verhalten zu Liebäugeln, sie, diese französischen Schürzen-Chassiers, mit unseren Frankfurterinnen. Diese aber — zu ihrer Ehre sei's gesagt — sahen sie erstaunt an, als ob sie sagen wollten: „Warum bleibt Ihr nicht zu Hause?“

Ich erkläre noch einmal: Ich bin kein Chauvinist und habe so viele Freunde unter den französischen Soldaten des besetzten Gebietes und unter den französischen Sozialisten.

Mein kleines bescheidenes Heim bei Mainz war seit Dezember der Treffpunkt für französische Genossen in Poiluuniform.

Und doch gibt es fern von Politik und Parteigrundsätzen Dinge, die uns durch das Gefühl des Taktles diktiert werden.

Ich sage daher frank und frei:

Es war taktlos und war das Gegenteil der so viel gerühmten Courtoisie und Politesse, wenn französische Offiziere sich gerade an diesem Tage, dem schwersten und traurigsten, den Deutschland durchmachen mußte, sich großartig in ihren Unter- und Oberleutnantsgallons an den Köppchen in der Gloire des Siegers zeigten. An dem Tag, den das deutsche Volk, das nie kriegslüsterer war, der kriegsheterischen Politik der Tirpitz und Ludendorffs aufs Schuldlosonto schreiben muß.

Die Reugierde der französischen Offiziere für unsere Mainstadt finde ich begreiflich. Hat doch kurze Zeit vor dem Kriege der französische Schriftstellerjournalist Jules Huret im Pariser „Figaro“ nach einer Rundreise durch ganz Deutschland gesagt: „Frankfurt sur le Main est la plus belle ville d'Allemagne!“ (Frankfurt am Main ist die schönste Stadt Deutschlands!)

Aber sie hätten doch bei einigermaßen etwas Feingefühl diese Reugierde um einige Tage zurückstellen können. Oder wenn es hätte gleich sein müssen, hätten sie ja in Zivil erscheinen können. Zwei amerikanische Offiziere, die ich am gleichen Tag gesehen, waren da schicklicher. Sie waren in Zivil, mit dem Steifragen am Hals und eine Krawatte darunter — nur ihre Widelgamaschen und die amerikanische Offiziersmütze auf dem Kopfe verriet sie als Mitglieder der Ententearmee.

Ja... ich gehe noch weiter.

Es würde gar nichts schaden, wenn man ganzen Trupps Franzosen, jetzt nachdem der Frieden abgeschlossen ist, unter sachkundiger Führung die Schönheiten der Mainstadt zeigen würde. Das würde gar nichts schaden — könnte nur völkerverbrüdernd wirken... wie die Besetzung des Rheinlandes so manchem Poilu die

Augen über die „Vohes“ und ihr Land sperrangelweit geöffnet und ihnen den Nachweis erbracht hat, daß wir das Herz auf dem nämlichen Fleck haben wie sie... essen und trinken wie sie.

Das ist vielleicht die einzig gute Seite der Besetzung des Rheinlandes.

Sich kennen heißt sich verstehen.

So aber konnte das Auftreten der französischen Offiziere am Unterzeichnungsstage nur aufreizend... provokatorisch wirken.

Nur der Zurückhaltung, der Ruhe und dem dem Frankfurter angeborenen Sinn für mögliche Folgen ist zu danken, daß es den französischen Offizieren nicht so ergangen ist, wie der deutschen Friedensdelegation in Versailles, nach denen Pariser Chauvinistischer Rob mit Steinen geworfen.

Doch... weg mit solchen Betrachtungen.

Es waren ja „nur“ Offiziere. Die sind da draußen genau so „alldeutsch“, wie es die meisten der unfrigen waren. Natürlich spreche ich hier nur von der Mehrzahl. Es gibt auch drüben genau wie bei uns eine starke Minderheit, die nur gezwungenermaßen den Schwindel des militaristischen Systems mitmachen.

Am aufklärtesten ist der einfache französische Soldat. Trotz aller Heppolitik weiß er, woran er ist. Er weiß auch, wie er die Schuldfrage des Krieges zu beantworten hat.

Hundertere von einfachen französischen Soldaten haben es mir tausendmal versichert:

„Ce sont les capitalistes, qui ont fait la guerre.“ (Die Kapitalisten sind es, die den Krieg gemacht haben!)

Darum... auch in diesem Falle: Nieber mit allem, was Götzen könnte. Undiplomatische Taktlosigkeiten einzelner chauvinistischer Offiziere wollen wir nicht ernst nehmen. Friede wird auf der Welt nur sein können, wenn die Proletarier aller Länder sich brüderliche die Hände reichen. Das tun sie schon heute... trotz 4 1/2 Jahre besetzten Massenmordens... trotz Clemencistischer Gewaltfriedens.

Darum seid gegrüßt, Ihr Genossen in Frankreich und England und Italien und allüberall.

Gemeinsam wollen wir für die Verwirklichung unserer sozialistischen Weltideale kämpfen.

Und wollen uns die Freude an der sozialistischen Internationalen nicht dadurch trüben lassen, daß einige Militaristen als französischer Schlages das Trauergefühl des deutschen Volkes für einige Stunden mißachtet haben.

Die Zukunft der Handelsluftschiffahrt.

Das englische Nielenluftschiff „R. 34“ hat seine Fahrt über den Atlantischen Ozean vollendet und sein Erfolg wird besonders auch in englischen Handelskreisen beobachtet; denn wenn auch dem Flugzeug die erste Ueberquerung des Ozeans gelungen ist, so ist man in diesen Kreisen doch allgemein der Ansicht, daß die Zukunft der

Handelsluftschiffahrt dem starren Luftschiff gebührt wird, daß seine großartige Entwicklung dem Grafen Zeppelin verdankt. Gegenüber den allzu großen Hoffnungen macht jedoch der englische Kapitän Bollock darauf aufmerksam, daß noch viele Hindernisse zu überwinden sind, ehe an einen regelmäßigen Handelsluftschiffdienst gedacht werden kann. Man rechnet in Frankreich damit, daß bis 18 Jahre darüber hingehen werden. Gegenwärtig gehören noch alle britischen Luftschiffe, die es gibt, der Admiralität. Nur wenige von diesen sind nach dem starren System gebaut, dem einzigen, das als Handelsluftschiff Aussicht auf Erfolg hat, und bisher kommen nur zwei oder drei davon für den Flug über den Ozean in Frage. Dazu kommt, daß alle diese vorhandenen Luftschiffe für Kriegszwecke gebaut sind und daß die Bedürfnisse der Handels- und Passagierluftschiffahrt noch verschiedene Umformungen erforderlich machen werden. Zum Bau eines Luftschiffes, das eine hochqualifizierte Arbeit erfordert, waren selbst in Kriegszeiten unter den Ausnahmehinbedingungen, bei denen es auf Mittel gar nicht ankam und mit Lebertunden gearbeitet wurde, sechs Monate für die Fertigstellung eines starren Luftschiffes erforderlich. In normalen Zeiten wird es wahrscheinlich zwei Jahre dauern, bis man vier solcher Luftschiffe fertigstellt, wie sie für den Anfang eines Luftdienstes zwischen Europa und Amerika erforderlich wären.

Dringend notwendig ist zunächst aber auch eine genaue Erforschung der Witterungsverhältnisse über dem Ozean. Bisher wissen wir so gut wie gar nichts über die höheren Luftschichten in der Mitte des Atlantischen Ozeans, und es sind eben erst die Vorbereitungen im Gange, die darüber Aufschlüsse bringen sollen. Solange die Witterungsverhältnisse über dem Ozean und völlig unbekannt sind, wird die Luftschiffahrt zwischen den Kontinenten immer ein sehr gefährliches Unternehmen sein.

Notizen.

— Eine Umgestaltung des Architektenstudiums schlagen die Studierenden der Abteilung Architektur an der Berliner Technischen Hochschule als ersten Schritt auf dem Wege zur Zukunftsschule vor. Der jetzigen Examenstellung entsprechend sollen zwei Abschnitte mit weitestgehend verschiedener Arbeitsmethode entstehen: das vornehmlich elementare und schulmäßige Studium bis zum Voregamen im Charakter der Baugewerkschule mit festem Lehrprogramm und das nachfolgende rein akademische Studium mit größter Freiheit, soll die Baukonstruktion als Grundlage alles architektonischen Schaffens in den Mittelpunkt des ersten Studienabschnittes gestellt werden und nach dem Voregamen soll das Entwerfen im Mittelpunkt des Studiums stehen.

— Die deutschen Bühnen und Shakespeare. Neben die Zahl der auf deutschen und einigen außerdeutschen Bühnen im Jahre 1919 aufgeführten Stücke Shakespeares gibt die statistische Uebersicht Dr. Egon Wühlschlag im demnächst erscheinenden Jahrbuch der deutschen Shakespeare-Gesellschaft näheren Aufschluß. Es handelt sich um 1083 Aufführungen durch 281 Theatergesellschaften. An der Spitze der Dramen steht, wie meist in den letzten Jahren, „Hamlet“ mit 188 Aufführungen durch 41 Gesellschaften. Die meisten Aufführungen fallen auf Berlin, 177, dann kommen Hamburg 88, München 80, Wien 40, Leipzig 31, Hannover 25, Frankfurt 16, Köln, Dresden und Bielefeld je 14.

Nationalversammlung zu Weimar

46. Sitzung, Montag, den 7. Juli 1919.

Am Regierungstische: Dr. Preuß. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 2.25 Uhr. Es ist eine Gesetzesvorlage über die Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit eingegangen. Der Abg. Thomae (bei keiner Fraktion, aus dem 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein) hat sein Mandat niedergelegt. Der Beirat des Reichsministeriums des Innern, Abt. Elisabeth-Löhringen, hat einen telegraphischen Einspruch gegen die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts Elisabeth-Löhringens im Friedensvertrag eingereicht. Das Haus setzt die Beratung beim 15. Abschnitt über die Reichsgesetzgebung Art. 69 fort. Dieser bestimmt: Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht.

Abg. Agnes u. Gen. (N. Soz.) beantragen einen Zusatz: Der Reichswirtschaftsrat beteiligt sich an der Gesetzgebung nach den Bestimmungen der Verfassung. Im übrigen wird reichsgesetzlich die Teilnahme der Arbeiterräte an der Gesetzgebung geregelt.

Reichskommissar Dr. Preuß wendet sich gegen den Antrag der Unabhängigen und bittet, es bei der Bestimmung zu lassen, in der gangbar und korrekt ausgedrückt wird, daß die Gesetzesvorlagen von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht werden.

Abg. Bras (N. Soz.) vermißt in Art. 69 entsprechend dem Antrag Agnes u. Gen., daß auch der Reichswirtschaftsrat das Recht zur Einbringung von Gesetzesvorlagen haben soll.

Die Abstimmung über den Antrag Agnes bleibt zweifelhaft. Die Auszählung ergibt 110 Stimmen gegen und 89 für den Antrag. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Zweite Sitzung vom 7. Juli 1919, nachmittags 8 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 3.05 Uhr. Die wiederholte Abstimmung über den Antrag Agnes (N. Soz.) zu Art. 69 ergibt seine Ablehnung.

Die Art. 73 und 74 treffenden Bestimmungen über die Verkündung der Reichsgesetze und die Volksabstimmung.

Nach Art. 73 ist die Verkündung eines Reichsgesetzes um zwei Monate auszuschieben, wenn es ein Drittel des Reichstages verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden.

Art. 74 bestimmt, ein vom Reichsrat beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn es der Reichspräsident binnen eines Monats bestimmt. Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens ein Drittel des Reichstages ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn es ein Zwanzigstel der stimmberechtigten Wähler beantragt. Im übrigen steht der Art. 74 eine Volksabstimmung vor, wenn ein Fünftel der stimmberechtigten das Begehren nach einem Gesetz stellt.

Abg. Dr. Feinze (D. Sp.) beantragt, die Art. 73 und 74 zu streichen.

Abg. Agnes und Gen. (N. Soz.) beantragen für den ersten Satz des Art. 74 die Fassung: Die Reichsregierung kann ein Gesetz vor der Verkündung binnen eines Monats nach der Schlussabstimmung im Reichstag zum Volksentscheid bringen.

Abg. Bauer (Soz.) u. Gen. beantragen für den zweiten Satz des Art. 74 die Fassung: Ein Gesetz ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der stimmberechtigten es binnen zweier Monate nach der Schlussabstimmung im Reichstage fordert.

Abg. Feinze (D. Sp.): Der Ausschuss hat gegenüber der Vorlage die Möglichkeit des Referendums erheblich erweitert, so daß dadurch eine geordnete Gesetzgebung unter Umständen völlig lahmgelegt werden kann. Die Ausdehnung des Referendums beruht auf der Tendenz eines starken und fortgeschrittenen Militarismus gegen die gesetzlich berufenen Instanzen.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat.): Es handelt sich hier um reine Zweckmäßigkeitsfragen, für die uns bis jetzt noch keine Erfahrung fehlt. Bei dieser Sachlage sind die Meinungen in meiner Fraktion geteilt.

Abg. Ragenstein (Soz.): Ich leugne nicht, daß das Referendum unter Umständen fortwährend wirken kann. Jedenfalls muß die Möglichkeit bestehen, daß allein durch die Souveränität des Volkes ein Gesetz zustande gebracht wird.

Reichskommissar Dr. Preuß: Durch parlamentarische Arbeit wird tatsächlich die Ueberbrückung erschwert. Was dem Volk hier an Rechten mehr gegeben wird, steht in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der der Gesetzgebung zugefügt wird. (Sehr richtig!) Alles oft würde es zum Referendum nicht kommen. Wir haben ja erlebt:

je kleiner die Kinderheit, desto rablatier die Agitation. (Sehr richtig! Geisterleit.)

Abg. Koch-Rassel (Dem.): Die Autorität der Demokratie wird nicht von allen Staaten anerkannt, deshalb ist die Stimmung des Volkswillens in ihren Ursprüngen zu erfassen. Das Volk ist das beste und sicherste Kontrollorgan.

Abg. Dr. Gahn (N. Soz.): Der Volksentscheid bedeutet einen neuen Gedanken, ist aber ein wichtiges Mittel für die Politisierung der Massen.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Die Schweiz hat nach übereinstimmenden Zeugnissen die besten Erfahrungen mit dem Referendum gemacht. Es gibt die Mittel, scharfe Konflikte zwischen Volk und Regierung zu beenden, d. h. also gegen Anarchie und Bolschewismus.

benn es bestätigt die Majorität. Alles in allem: es ist ein Bestandteil der Demokratie; es wäre ein Fehler, es nicht in die Verfassung aufzunehmen.

Abg. Dr. Delbrück (Dnat.): Das Volksbegehren ist ein neues Mittel, weil es sich hierbei in der Regel um Dinge handelt, die in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend erörtert sind.

Abg. Gausmann (Dem.): Die oben geschilderte Besorgnis haben auch wir empfunden. Wir haben deshalb eine besonders vorsichtige Form der Behandlung vorgeschlagen. Die Artikel 73 und 74 werden unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen.

Art. 75 behandelt das Einspruchsrecht des Reichsrats gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze. Dieser soll im Falle des Einspruchs nochmals Beschluß fassen. Bei mangelnder Uebereinstimmung zwischen Reichsrat und Reichstag kann der Präsident den Volksentscheid anrufen. Erfolgt der Beschluß des Reichstages gegen den Reichsrat mit Zweidrittelmehrheit, so hat der Reichspräsident das Gesetz zu verkünden oder den Volksentscheid anzurufen.

Die Sozialdemokraten beantragen Volksentscheid auch für den Fall, daß der Reichstag in drei aufeinanderfolgenden Perioden zum dritten Male ein Gesetz gegen den Einspruch des Reichsrats beschließen hat.

Ohne Erörterung erfolgt sodann die Annahme des Artikels 76, nach dem Verfassungsänderungen im Reichstage nur mit einer Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesamten Mitgliederzahl des Reichstages beschlossen werden können. Auch im Reichsrat sind zu Verfassungsänderungen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Es folgt Beratung des 6. Abschnittes „Die Reichsverwaltung“. Abg. Dr. Quard (Soz.) berichtet über Artikel 78 bis 100. Die Artikel 78 bis 87 werden ohne Erörterung nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Artikel 88 erklärt das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens als ausschließliche Sache des Reichs und bestimmt demnach einheitliche Postwertzeichen.

Artikel 2 des Artikels bestimmt: Verordnungen jeder Art erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats. Die Reichsregierung kann die Befugnis mit Zustimmung des Reichsrats auf den Postminister übertragen.

Herr Fontan geht an der offenen Tür vorbei. Man hört nämlich den Atem dieses mächtigen Einsiedlers. Und sobald er uns den Rücken zugewendet hat, der von einer ungeheuren dickleibigen Fettschicht ausgepolstert ist, fängt Brissille von neuem zu schimpfen an: „Gott, was für'n Schnauze! Hat der Mensch schon etwas gesehen. Dem wadelt ja das Maul direkt um die Ohren! Der richtige Schweinspommeskopf!“ Und er fügt hinzu, indem eine breite Wollstreife über sein Gesicht geht: „Gott sei Dank, man darf hoffen, daß all der Klumpackel bald in die Luft geht.“

Der Schmied brüllt auf vor Lachen. Tautchen sucht sich einen Platz, wo sie dem Schmied nicht zu nahe ist. Sie verachtet Brissille, der ja der Reich, die Volkheit und die Gemeinheit in Person ist. Uebrigens wird er von allen anständigen Leuten gehaßt, denn er ist ja so unmäßig und seine Anschauungen sind ja so vorgeschritten. Hat man aber mit ihm etwas zu tun, dann geht man gewöhnlich des Sonntags zu ihm, und man bleibt immer noch ein Weibchen sitzen, weiß man doch, daß man noch andere Leute treffen wird. Und so ist es nun die Ueberlieferung geworden.

Da steht Venoit in der Werkstättentür. „Er sagt: „Nun wird man auch die kleine Antoinette wieder gesund machen.“ Venoit ist wie eine Zeitung. Ihm selber stößt niemals etwas zu, aber er lebt nur, um das anzuzeigen, was anderen Leuten zustofen wird.“

Tautchen ruft aus: „Ich weiß schon! Man hat's mir heute morgen schon erzählt. Einige Leute haben es schon heute früh um 7 Uhr gewußt. Er kommt gerad' zur Jagd auf Schloß, ein sehr großer bekannter Doktor, der sich mit Augenkrankheiten abgibt.“

Eine Frau tritt ein und sagt: „Armes, kleines Engelchen!“ Brissille fährt grollig und höhnisch dazwischen: „Ach, das Wurm, das man nun ewig heilen soll! Verflucht nochmal, wer kümmert sich denn hier darum?“

Zwei Damen, die gerade hinein kommen, antworten ihm: „Alles kümmert sich um das Kind.“ Inzwischen ist Brissille still geworden. Er laut an seinem gewöhnlichen Satz herum, der aufgeblasen und blöde ist, wie ein Titanenübers, hergeleiert in allen öffentlichen Versammlungen, und er sagt: „Das Kind ist nur ein Opfer der Gesellschaft!“

Herr Joseph Boneas ist auch bei Brissille eingetreten. Er tut das gern, denn er verachtet es nicht, mit den Leuten vom Arbeiterdortel Verührung zu nehmen. Auch Herr Vocard und Crillon sind da. Crillon ist frisch rasiert, seine Haut ist

Abg. Dr. Steinfass (Soz.) beantragt, diesen Artikel zu streichen. Nachdem die bayerische und württembergische Post mit der Reichspost verschmolzen ist, hat die Wirkung des Reichrats seinen Sinn mehr.

Abg. Weich (Dem.): Ich bitte den Antrag zu lassen, wie er ist.

Abg. Joseph (Dem.): Wenn die Post und die Eisenbahnen einheitlich gehalten werden sollen, so müssen sie auch zentralistisch verwaltet werden, und es ist nicht zweckmäßig, sie in ihrem Verwaltungsrecht von einem Reichsrat abhängig zu machen.

Reichskommissar Dr. Preuß: Vielleicht empfiehlt es sich, das Recht des Postministers, Verordnungen zu erlassen, auf die Eisenbahnen und die Benutzung der Verkehrsanstalten zu beschränken; damit wäre auch Bayern und Württemberg einverstanden.

Artikel 97 gibt dem Reich das Recht, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen in Eigentum zu nehmen und seine Verwaltung zu übernehmen, neuzuzulegen oder neuauszubauen.

Ein gemeinsamer Antrag Decherle, Dr. Haas (Dem.) und Dr. Feinze (D. Sp.) will die Nutzung der Wasserkraft und die Regelung des Gemeingebrauchs der Wasserstraßen den Ländern überlassen.

Abg. v. Schulz-Gaesernitz (Dem.): Die Verfassung wird vielfach schon reichlich unitarisch befunden.

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Das Referat der Wasserkraft kann einzelne Bundesstaaten wohl benachteiligen. Freuen aber, das sehr große Ausgaben für verschiedene kleine Gewässer (Main, Weser, Aller usw.) gehabt hat, steht auf dem Standpunkte, daß das Referat nur schade. Die Bewirtschaftung einer Wasserstraße müsse frei sein.

Artikel 97 wird unter Ablehnung des Antrages Decherle unverändert angenommen.

Der übrige Teil des sechsten Abschnittes wird unverändert angenommen, hinzugefügt auf Antrag sämtlicher Parteien außer den Unabhängigen ein Artikel 100a, wonach das Reich alle Setzzeichen übernimmt.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Steuergesetze. Schluß 8 Uhr 40 Minuten.

Am Mittwoch, den 9. Juli 1919

Zahlabend unserer Partei in Groß-Berlin. Unsere Mitglieder haben hier Gelegenheit, zu allen wichtigen Vorgängen Stellung zu nehmen und der Partei die Marschroute vorzuschreiben. Auch „Vorwärts“-Leser sind willkommen.

Die Lokale sind im heutigen Inseratenteil zu sehen.

gemacht. Es gibt die Mittel, scharfe Konflikte zwischen Volk und Regierung zu beenden, d. h. also gegen Anarchie und Bolschewismus.

benn es bestätigt die Majorität. Alles in allem: es ist ein Bestandteil der Demokratie; es wäre ein Fehler, es nicht in die Verfassung aufzunehmen.

Abg. Dr. Delbrück (Dnat.): Das Volksbegehren ist ein neues Mittel, weil es sich hierbei in der Regel um Dinge handelt, die in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend erörtert sind.

Abg. Gausmann (Dem.): Die oben geschilderte Besorgnis haben auch wir empfunden. Wir haben deshalb eine besonders vorsichtige Form der Behandlung vorgeschlagen. Die Artikel 73 und 74 werden unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen.

Art. 75 behandelt das Einspruchsrecht des Reichsrats gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze. Dieser soll im Falle des Einspruchs nochmals Beschluß fassen. Bei mangelnder Uebereinstimmung zwischen Reichsrat und Reichstag kann der Präsident den Volksentscheid anrufen. Erfolgt der Beschluß des Reichstages gegen den Reichsrat mit Zweidrittelmehrheit, so hat der Reichspräsident das Gesetz zu verkünden oder den Volksentscheid anzurufen.

Die Sozialdemokraten beantragen Volksentscheid auch für den Fall, daß der Reichstag in drei aufeinanderfolgenden Perioden zum dritten Male ein Gesetz gegen den Einspruch des Reichsrats beschließen hat.

Ohne Erörterung erfolgt sodann die Annahme des Artikels 76, nach dem Verfassungsänderungen im Reichstage nur mit einer Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesamten Mitgliederzahl des Reichstages beschlossen werden können. Auch im Reichsrat sind zu Verfassungsänderungen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Es folgt Beratung des 6. Abschnittes „Die Reichsverwaltung“. Abg. Dr. Quard (Soz.) berichtet über Artikel 78 bis 100. Die Artikel 78 bis 87 werden ohne Erörterung nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Artikel 88 erklärt das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens als ausschließliche Sache des Reichs und bestimmt demnach einheitliche Postwertzeichen.

Artikel 2 des Artikels bestimmt: Verordnungen jeder Art erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats. Die Reichsregierung kann die Befugnis mit Zustimmung des Reichsrats auf den Postminister übertragen.

Herr Fontan geht an der offenen Tür vorbei. Man hört nämlich den Atem dieses mächtigen Einsiedlers. Und sobald er uns den Rücken zugewendet hat, der von einer ungeheuren dickleibigen Fettschicht ausgepolstert ist, fängt Brissille von neuem zu schimpfen an: „Gott, was für'n Schnauze! Hat der Mensch schon etwas gesehen. Dem wadelt ja das Maul direkt um die Ohren! Der richtige Schweinspommeskopf!“ Und er fügt hinzu, indem eine breite Wollstreife über sein Gesicht geht: „Gott sei Dank, man darf hoffen, daß all der Klumpackel bald in die Luft geht.“

Der Schmied brüllt auf vor Lachen. Tautchen sucht sich einen Platz, wo sie dem Schmied nicht zu nahe ist. Sie verachtet Brissille, der ja der Reich, die Volkheit und die Gemeinheit in Person ist. Uebrigens wird er von allen anständigen Leuten gehaßt, denn er ist ja so unmäßig und seine Anschauungen sind ja so vorgeschritten. Hat man aber mit ihm etwas zu tun, dann geht man gewöhnlich des Sonntags zu ihm, und man bleibt immer noch ein Weibchen sitzen, weiß man doch, daß man noch andere Leute treffen wird. Und so ist es nun die Ueberlieferung geworden.

Da steht Venoit in der Werkstättentür. „Er sagt: „Nun wird man auch die kleine Antoinette wieder gesund machen.“ Venoit ist wie eine Zeitung. Ihm selber stößt niemals etwas zu, aber er lebt nur, um das anzuzeigen, was anderen Leuten zustofen wird.“

Tautchen ruft aus: „Ich weiß schon! Man hat's mir heute morgen schon erzählt. Einige Leute haben es schon heute früh um 7 Uhr gewußt. Er kommt gerad' zur Jagd auf Schloß, ein sehr großer bekannter Doktor, der sich mit Augenkrankheiten abgibt.“

Eine Frau tritt ein und sagt: „Armes, kleines Engelchen!“ Brissille fährt grollig und höhnisch dazwischen: „Ach, das Wurm, das man nun ewig heilen soll! Verflucht nochmal, wer kümmert sich denn hier darum?“

Zwei Damen, die gerade hinein kommen, antworten ihm: „Alles kümmert sich um das Kind.“ Inzwischen ist Brissille still geworden. Er laut an seinem gewöhnlichen Satz herum, der aufgeblasen und blöde ist, wie ein Titanenübers, hergeleiert in allen öffentlichen Versammlungen, und er sagt: „Das Kind ist nur ein Opfer der Gesellschaft!“

Herr Joseph Boneas ist auch bei Brissille eingetreten. Er tut das gern, denn er verachtet es nicht, mit den Leuten vom Arbeiterdortel Verührung zu nehmen. Auch Herr Vocard und Crillon sind da. Crillon ist frisch rasiert, seine Haut ist

Parteinachrichten.

Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie.

Wie auf der kürzlich stattgefundenen Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie in Darmstadt der Landessekretär Genosie Reumann berichtete, hat die Partei einen erfreulichen Aufschwung genommen. Vor Ausbruch des Krieges zählte die damals geschlossene Organisation 23.500 Mitglieder. Der Ausbruch des Krieges brachte eine Flucht von der Partei. Eine Zählung ergab, daß im März 1915 sich 10.537 zahlende Mitglieder unter den Fahnen befanden, die Listen in den Organisationen wurden immer größer, und eine Zählung im März 1918 ergab nur noch 8528 zahlende Mitglieder und über 12.000 zahlende Mitglieder bedingliche Genossen. Der Krieg habe einen Verlust von über 20.000 Mitgliedern gebracht. Heute zähle die Organisation an 30.000 Mitglieder. Die finanziellen Verhältnisse gestalteten sich wie folgt: Einnahmen und Ausgaben der Landesliste 1914/15: 21.100,07 M., 1915/16: 15.894,56 M., 1916/17: 12.068,08 M., 1917/18: 15.987,29 M., 1918/19: 42.299,63 M.

Groß-Berlin

25 Jahre.

Vor 25 Jahren ließ sich ein Arbeiter aus Süddeutschland in einem Dorfe bei Berlin nieder und schlug sich schlecht und recht durchs Leben. Seine Bemühungen, Mitkämpfer für den Sozialismus zu gewinnen, eine sozialdemokratische Organisation zu gründen, begegneten dem härtesten Widerstand der Gemeindebehörden. Kein Mittel war den Herrschaften zu schlecht, die verhassten Sozialdemokraten zu föhren oder ihre Arbeit wieder zu vernichten.

Das Hauptbestreben der Genossen war darauf gerichtet, in die reaktionäre Gemeindevertretung frisches Leben zu bringen. Für die kleine Schar der Unentwegten gab es keinen Feierabend, keinen Sonntag. Unter den Gemeindegroßen tat sich der Voltzeidergernut besonders hervor.

Jahre vergingen. Aus dem jugendlichen Kämpfer war ein grauhaariger Mann mit gebeugter Gestalt, aus dem Dorfe ein großer Villenort geworden, in welchem sich kriegsbegeisterte Adelige und Kriegsgewinnler breit machten. Zum großen Schmerze der Gemeindegewaltigen wurden nach

straff leuchtend und glatt gehobelt. Und noch andere Leute sind gekommen. Unter ihnen bemerkt man besonders den beweglichen, perlmuttglänzenden Kopf des Herrn Miellbaque. Er ist immer so schüchtern und förmlich, und er hat schon auf der Schwelle den Hut gezogen. In der Fabrik ist er nur bei der Expedition angestellt. Er trägt abgetragene Wäsche von zweifelhafter Sauberkeit, und ein einziger sadenscheiniger Rock dient ihm bei allen Gelegenheiten.

Herr Joseph Boneas macht starken Eindruck auf mich. Ich muß ständig sein zartes Gesicht ansehen und den matten Schatten seiner Trauerkleider und die glänzenden, schwarzen Handschuhe an seinen Händen, die ein kleines, eingerahmtes Rechteck, das Gebetbuch, halten. Auch er hat den Hut gezogen. Also ziehe ich auch in meinem Winkel bescheidenlich meinen Hut.

Er ist ein feiner und vornehmer Mann, und seine angeborne Eleganz verfehlt nicht ihre Wirkung. Trotzdem ist er trübselig, denn sein Körper ist von Geschwüren gepolstert. Immer geht er mit gebogenem Hals einher oder mit verkrampten Handgelenken, weil irgendwo an ihm ein neuer Ausbruch wieder ausproft. In diesem gebrechlichen Körper ist eine helle und gesunde Klugheit eingeschlossen. Ich bewundere ihn, denn er ist überlegt und gedankenvoll, und er weiß sich untadelig auszudrücken. Letztes hat er mir die geistigen Bande auseinander gesetzt, die das heutige Frankreich mit dem alten Frankreich verknüpfen, und er hat mir in einer soziologischen Stunde, deren bedeutungsvolle Klarheit für mich wie eine Offenbarung gewesen ist, die Wunder unserer geschichtlichen Vergangenheit erklärt. Ich suche seine Gesellschaft, ich möchte ihn gerne nachahmen, und er kennt den starken Einfluss gar nicht, den er auf mich ausübt. Man wendet ihm vielerlei Aufmerksamkeit zu, als er berichtet, daß er in Viviers eine Gesellschaft junger Leute gründen möchte. Dann wendet er sich an mich und sagt: „Je weiter ich komme, desto mehr bemerke ich, daß alle Menschen mit Kurzsichtigkeit geschlagen sind. Sie können und möchten nicht weiter sehen, als ihre Nasenspitze reicht.“

Und ich antworte nur das Wortlein ja.

Ich finde meine Antwort, die allein in dem nun folgenden Schweigen nachhallt, ein wenig kurz. Sicher auch er. Denn er wendet sich jetzt an die anderen Anwesenden, und ich bleibe in meinem düsteren Winkel der Höhle Brissilles ganz rot übergossen stehen.

(Fort. folgt.)

Erleuchtung.

7] Roman von Henri Barbusse.

Tautchen tritt ein. Sie setzt sich auf einen Schemel, um ein wenig Atem zu schöpfen. Dann hält sie den verhohlenen Schlüssel, den sie auf ihr Kirchenbuch preßt. Dann fängt sie mühselig und abgehackt von diesem Schlüssel zu reden an und von dem Unfall, der ihn beschädigt hat. Die mannigfachen Einzelheiten jagen sich in ihrem Kopfe. Aber die Aufmerksamkeit des düsteren, seine Holzschuhe schwer schleppenden Schmiedes wird plötzlich durch das Fensterloch angezogen, das von der Werkstatt auf die Straße führt.

Brissille brüllt auf: „Dieses Schwein!“ Es ist Herr Fontan, der Restaurateur und Weinhändler, dem der Schmied so schimpft. Fontan ist ein kräftiger, auffallender Mann, er ist ganz von einer weißen Fettschicht bedeckt, wie ein wohlgewichtiges Goud. Er spricht niemals ein Wort. Er ist immer allein. Er ist eine Macht. Er verdient viel Geld. Er hat die Hunderttausende nur so aufgeschafft. Aber am Mittag und Abend sieht man ihn nicht mehr auf der Straße. Denn dann bleibt er in seine Ladenstube eingegraben, um ganz für sich seine Mahlzeit abzuhalten. Doch während der übrigen Tageszeit scheffelt er wortlos sein Geld ein. Sein Ladenstübchen hat ein Loch, in das er jedes Geldstück hineinrutscht. Sein Haus füllt sich mit Geld vom Morgen-grauen bis zum Abend an.

Tautchen sagt: „Das ist die richtige Geldfalle.“

Ich sage einfach: „Er ist ein reicher Mann.“

Da höhnt Brissille auf: „Wenn Du das sagst, da hast Du wahrlich recht. Kerl von Spiekerseele! Bist nur'n armer Dumpe wie die Uebrigen auch, aber die Spiekerideen, da klebst Du nun mal feste dran!“

Ich mache eine ungeduldige Bewegung. Was Brissille da behauptet, ist gar nicht wahr. Er setzt mir mit seinem Kopf zu, der auf alles und in die Kreuz und in die Quere losgeht. Der Anblick dieses Mannes, der reicher ist als die übrigen Menschen, macht auch auf Brissille einen bedeutenden Eindruck. Im Aufruhr weicht er sich wohl der stählerne Blick des Schmiedes, aber er verstummt bald, wie wir übrigen auch, je mehr sich die wichtige Persönlichkeit des Herrn Fontan in Wichtigkeit ausbläht.

Meine Laute wirft ein: „Die Boneas sind noch reicher als Fontan.“

Herr Fontan geht an der offenen Tür vorbei. Man hört nämlich den Atem dieses mächtigen Einsiedlers. Und sobald er uns den Rücken zugewendet hat, der von einer ungeheuren dickleibigen Fettschicht ausgepolstert ist, fängt Brissille von neuem zu schimpfen an: „Gott, was für'n Schnauze! Hat der Mensch schon etwas gesehen. Dem wadelt ja das Maul direkt um die Ohren! Der richtige Schweinspommeskopf!“ Und er fügt hinzu, indem eine breite Wollstreife über sein Gesicht geht: „Gott sei Dank, man darf hoffen, daß all der Klumpackel bald in die Luft geht.“

Der Schmied brüllt auf vor Lachen. Tautchen sucht sich einen Platz, wo sie dem Schmied nicht zu nahe ist. Sie verachtet Brissille, der ja der Reich, die Volkheit und die Gemeinheit in Person ist. Uebrigens wird er von allen anständigen Leuten gehaßt, denn er ist ja so unmäßig und seine Anschauungen sind ja so vorgeschritten. Hat man aber mit ihm etwas zu tun, dann geht man gewöhnlich des Sonntags zu ihm, und man bleibt immer noch ein Weibchen sitzen, weiß man doch, daß man noch andere Leute treffen wird. Und so ist es nun die Ueberlieferung geworden.

Da steht Venoit in der Werkstättentür. „Er sagt: „Nun wird man auch die kleine Antoinette wieder gesund machen.“ Venoit ist wie eine Zeitung. Ihm selber stößt niemals etwas zu, aber er lebt nur, um das anzuzeigen, was anderen Leuten zustofen wird.“

Tautchen ruft aus: „Ich weiß schon! Man hat's mir heute morgen schon erzählt. Einige Leute haben es schon heute früh um 7 Uhr gewußt. Er kommt gerad' zur Jagd auf Schloß, ein sehr großer bekannter Doktor, der sich mit Augenkrankheiten abgibt.“

Eine Frau tritt ein und sagt: „Armes, kleines Engelchen!“ Brissille fährt grollig und höhnisch dazwischen: „Ach, das Wurm, das man nun ewig heilen soll! Verflucht nochmal, wer kümmert sich denn hier darum?“

Zwei Damen, die gerade hinein kommen, antworten ihm: „Alles kümmert sich um das Kind.“ Inzwischen ist Brissille still geworden. Er laut an seinem gewöhnlichen Satz herum, der aufgeblasen und blöde ist, wie ein Titanenübers, hergeleiert in allen öffentlichen Versammlungen, und er sagt: „Das Kind ist nur ein Opfer der Gesellschaft!“

Herr Joseph Boneas ist auch bei Brissille eingetreten. Er tut das gern, denn er verachtet es nicht, mit den Leuten vom Arbeiterdortel Verührung zu nehmen. Auch Herr Vocard und Crillon sind da. Crillon ist frisch rasiert, seine Haut ist

der Revolution soviel sozialdemokratische Stimmen bei der Gemeindefassung abgegeben, daß man den neuen Verhältnissen Rechnung tragen mußte. — Der Unfall wollte es, daß man gerade in jener Sitzung, in welcher der neugewählte sozialdemokratische Ausschuss in sein Amt eingeführt wurde, der Bürgermeister fehlte und so der erste Beigeordnete (der ehemalige Polizeidezernent!) die Einführung vornehmen mußte. Ein kleines Erlebnis, gewiß. Wer es aber mit den Verhältnissen vor 25 Jahren vergleicht, der kann den Fortschritt nicht leugnen. Ich glaube an den Fortschritt — trotz Verkehrsleil. Tranquillini.

Wie steht's mit unseren Museen?

In Berlin und den umliegenden größeren Gemeinden sind zurzeit ernsthafte Bestrebungen im Gange, Volkshochschulen im Winterhalbjahr ins Leben zu rufen. Wie können wir nun die Schätze unserer Museen aus bloßen Sammlungsmaterial zu lebendigen Anschauungsstoff gestalten? Genosse Heinrich Cunow hat bereits im Dezember in der „Neuen Zeit“ für die Umgestaltung unserer Museen ein warmes Wort eingelegt und diese Forderung an dem Berliner Völkerverein demonstriert. Bei einer entsprechenden Umgestaltung könnten die Berliner Museen den geplanten Volkshochschul-Unterrichtungen außerordentlich nützliche Dienste leisten. Um vieles mehr allerdings dann, wenn die Besuchszeiten in die späten Nachmittags- resp. frühen Abendstunden verlegt werden können. Bislang war es den arbeitenden Volkstreffen nur an Sonn- und Festtagen möglich, diese Stätten zu besuchen. Sollen alle Bildungsmöglichkeiten erschlossen werden, muß sogleich an die Lösung dieser Fragen gegangen werden.

Mißstände in städtischen Badeanstalten.

Uns wird geschrieben: Ich besuchte am Sonnabend, den 6. d., die Badeanstalt an der Schillingstraße, um ein Brausebad zu nehmen, und bekam die Nr. 1466. Von der Wärterin erfuhr ich, daß erst die Nr. 1266 aufgerufen wird und ich mich auf 1 bis 1 1/2 Stunde Wartezeit einrichten mußte.

Ich erkundigte mich beim Dienstpersonal, wie das möglich sei, und erhielt den Bescheid, daß die Stadtverwaltung mit tauben Ohren den Wünschen der Angestellten gegenüber steht. Die Forderung gehe dahin, eine Doppelschicht einzurichten, um den Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen sowie für die Angestellten den Achtstundentag einzuführen. Mit einer Bekanntmachung, wonach die Anstalt von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends geöffnet ist, scheint nun alles erledigt zu sein. Den Wünschen der Bevölkerung ist damit nicht gedient, es mußten alle Kinder zurückgewiesen werden, die gern baden wollten, und die Erwachsenen mußten stundenlang warten.

An Arbeitskräften kann es doch nicht fehlen, denn die Stadt zählt doch Millionen an Arbeitslose.

Vom Lügenkriegsschauspiel der „Freiheit“. Die „Freiheit“ greift an, weil wir den Bezirksleiter des Eisenbahnerverbandes mit Namen genannt haben, der in der Verammlung gesagt hat, es sei ihm bekannt, daß unter dem Streik in erster Linie Frauen und Kinder leiden müßten, aber trotzdem müßte der Hungerstreik durchgeführt werden. Sätten wir den Namen des Mannes nicht genannt, so hätte die „Freiheit“ natürlich am nächsten Tage von „Lügen“ und „Erfindungen“ gesprochen. Da der Mann seine Forderung vor Hunderten von Zuhörern tat, so war die Sache doch wirklich kein Geheimnis. Die „Freiheit“ beschuldigt uns freilich, wir wollten „unaufgeklärte und pogromähnliche „Lügen“ diesen Mann auf den Hals heben. Da müßten wir uns doch die Frage stellen, warum die „Freiheit“ bei ihren „Entwicklungen“ nicht verfehlt, genau Name und Adresse der von ihr genannten Personen anzugeben. Offenbar sucht die „Freiheit“ andere hinter dem Ofen, hinter dem sie selber sitzt, das ersieht man auch aus dem Grunde wahrscheinlich, weil in der Tat mehrheitlich sozialistische Führer mehrfach in letzter Zeit in ihren Wohnungen von radikalen Fanatikern tätlich angegriffen und bedroht worden sind; das Umgekehrte ist uns freilich bis heute nicht bekannt geworden.

Das Blatt hat selbst ausdrücklich aufgefodert, Namen und Beweise dafür zu erbringen, daß von verantwortlicher Seite zu Lehmsägung der Lebensmitteltransporte aufgefodert wurde. Wenn sie geglaubt hat, daß keine Beweise dafür vorhanden seien, dann mußte sie eben eines Besseren belehrt werden. Die „Freiheit“ bestreitet nicht, daß der Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes zur Sicherung der Lebensmitteltransporte aufgefodert habe, damit gibt sie aber die Richtung an. Zahlreiche weitere Funktionäre der Bezirksleitung Berlin, die fast alle der U. S. F. angehören, haben dieselben Gedanken propagiert. Die „Freiheit“ ist davon sehr genau unterrichtet, falls sie aber an Gedächtnischwäche leiden sollte, kann ihr eine Liste dieser Zeitgenossen in aller Offenheit unterbreitet werden. Bei dieser Gelegenheit könnte die Offenheit auch davon unterrichtet werden, welche Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die zugleich fast alle eingeschriebene Mitglieder der U. S. F. bzw. A. P. D. sind, den Eisenbahnerstreik nach dem Westen Deutschlands verlegt haben und aus welchen Gründen. Will die „Freiheit“ das Lärchen wagen?

In der Eisenbahnerversammlung bei Großmann, Kreuzbergstraße 48, am 30. Juni sagte ein kommunistischer Redner:

Rein Mitleid dürfte heringelassen werden, wenn auch einige Säuglinge mehr krepieren, während des Krieges sind sowieso eine ganze Masse davon verreckt.

Dieser Gemütsmenschen, ein eintägiger Eisenbahner, wurde bei den darauffolgenden Vorschlägen zur Eisenbahn-Arbeiterratswahl aus der Versammlung heraus als Arbeiterat vorgeschlagen. Wenn dieselbe Notiz unserem Kollegen Stämpfer, dem bisherigen Chefredakteur des „Vorwärts“, vorwirft, er habe während der Kriegszeit „selbstberzig brave Genossen den Häckern der Militärverwaltung demungüetigt“, so begnügen wir uns damit, diese hohle Phrase zu verleumdung als solche festzumagen. Sie entspringt etwa demselben Kater, wie während das Rindergeschrei, daß die „Rote Fahne“ gegen Kollegen Stämpfer erhob, weil er — sich für Schutzhund und Lehen der gefangenen Vorkriegsbesatzung bewandt hatte.

Vom Mieterstreik. Zum Schutze der Mieter hat das Reichsministerium neuerdings zwei Verordnungen erlassen. Sie ermächtigen einmal die Landeszentralbehörde, die Gemeindebehörden zu der Anordnung zu berechtigen oder zu verpflichten, daß jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden und Werkstätten der Gemeindebehörde vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen ist. Gemeinde und Vermieter kann dann bei dem Einigungsamt beantragen, daß der Mietzins auf eine angemessene Höhe herabgesetzt wird. Auch zu anderen Anordnungen können die Gemeinden ermächtigt werden. Wenn andererseits die Selbstkosten des Vermieters für die Heizung und Warmwasser-versorgung so gewachsen sind, daß billigerweise die Tragung der Mehrkosten dem Vermieter allein nicht zugemutet werden kann, so kann die Schiedsstelle auf Anrufen des Vermieters den Mietpreis oder die besondere Vergütung für die Heizung oder Warmwasser-versorgung erhöhen. Die wir hören, beabsichtigt der Staatskommissar für das Wohnungswesen in Preußen Ausführungsbestimmungen für die beiden Verordnungen zu erlassen.

Der Vorortverkehr Spanbau—Straußberg wird von heute Dienstag mit der Ringbahn zusammen wieder in vollem Umfang aufgenommen. Die Vorortzüge, die nach Straußberg bis jetzt auf dem Briezener Bahnsteig des Schleifischen Bahnhofes abfahren und endeten, werden wieder vom Fernbahnsteig A des Schleifischen Bahnhofes abfahren.

Hochwertige Güter auf der Eisenbahn sollen künftig durch Sicherungsmannschaften begleitet werden. Diese Maßnahme ist jedoch nur dann durchführbar, wenn die Güter eilwärtig befördert und die Berliner Ringbahnhöfe von der

Annahme der hochwertigen Güter ausge-schlossen werden. Vom 14. d. Mts. ab werden daher im Direktionsbezirk Berlin Lebensmittel (Wein, Spirituosen, Schokolade, Zuckerverfahren, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Fett- und Fleischwaren), Luche, Bekleidungsstücke und sonstige Web- und Wirkwaren mit Ausnahme von Papiergewebe, Leder, Leder- und Schuhwaren, Wertgegenstände mit Wertangabe über 1000 M. bei Aufgabe als Stückgut nur als Stückgut und nur an den Tagen Montag, Mittwoch und Freitag zur Beförderung angenommen. Von Montag, den 14. Juli, ab werden die Berliner Ringbahnhöfe einschließlich des Güterbahnhofs Berlin-Moabit von der Annahme solcher Stückgüter ausgeschlossen.

Die Ortsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener Berlin hielt am 25. v. M. ihre Mitgliederversammlung ab. Vom Vorsitzenden Barsanti wurde insbesondere die Forderung auf Nachzahlung der Löhnung für die Zeit der Gefangenschaft und die teilweise ablehnende Stellung der Regierung dazu erläutert. Abg. Stücken, als Vorsitzender der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene beauftragt die Stellungnahme der Regierung und die Beweggründe, welche das Finanzministerium veranlassen, jene Forderungen abzulehnen. Die von mehr als 1000 ehemaligen Kriegsgefangenen besuchte Versammlung nahm folgende Entschliessung an, die dem Reichsfinanzminister Eraberger überreicht wurde: „Die Versammlung erblickt in der Nachzahlung eine Wiedergutmachung für ihnen angetanes Unrecht, da sie während der Dauer der Gefangenschaft als Soldaten behandelt und nach Kriegsende von den Feinde für geringe Verletzungen, die vielfach im Interesse der deutschen Heimat lagen, schwer bestraft wurden, aber weder vom Reimestaate noch vom Heimatstaate ihren militärischen Sold erhielten. Es ist den ehemaligen Kriegsgefangenen unverständlich, daß der bisherige Reichsfinanzminister Dernburg das moralische Recht der Kriegsgefangenen auf die Nachzahlung der Löhnung für die Dauer der Gefangenschaft nicht anerkennt, und die ehemaligen Kriegsgefangenen verlangen von dem neuen Reichsfinanzminister Eraberger die Anerkennung ihrer gerechten Forderung auf Nachzahlung der Löhnung.“

Warenhaus „Eispalast“. Von Angestellten des Hauses werden die uns feinerzeit gemachten Angaben nach der Richtung hin bestritten, daß die Zurückhaltung der großen Vorräte an Stoffen, insbesondere Verbandstoffen, doch im Interesse der Allgemeinheit läge. Wir vermögen aber doch nicht einzusehen, daß es nicht nützlicher wäre, die Stoffe — es handelt sich nach den uns gemachten Mitteilungen noch um ganz andere als nur Verbandmaterial — so in den Handel zu bringen, daß Hamsterei Beförderer unmöglich wäre, also auf Karten. Hier liegt doch endlich mal eine soz. sagen restlose Erfassung vor.

Der „Konfektionär“ hat das Weiterlagern der Vorräte beklagt. Er erklärt, daß die Erzeuger der Verbandstoffe, Wulle usw. überfättigt sind. Dazu wird uns mitgeteilt, man lasse für drei-faches Geld solchen Ruß, der also in Lammgenen Lagert, neu anfertigen, um die Arbeiter in den Fabriken nicht brotlos zu machen. Im November und Dezember konnte man damit operieren, denn 1 bis 2 Monate braucht man zum Umstellen der Webstühle auf neue Artikel. Heute aber hat die Behörde verdammt mehr zu tun, als wie Baumwolle zu beraten und zwar für Artikel, von denen Erzeuger und Verbraucher überfättigt sind. Stellt die Webstühle um, dann sind die Arbeiter nicht brotlos! Im Eispalast liegen 100 000 Rollen Papiergewebe, dieses Zeug brennt wie Zucker. Ein Umzug der ganzen Bestände dürfte nicht nötig sein. Unsere Landbevölkerung braucht Stoffe für die heiße Sommerzeit, unsere Kinder schreiben nach Bindeln, unsere Kranken nach Bettwäsche, Tausende von Räderinnen sind brotlos, weil ihnen die Nähmaschinen und Stoffe fehlen. Alle diese Gegenstände sind in Deutschland in Lammgenen vorhanden, aber die Behörde sieht zu, wie aus dem besetzten Gebiet die hier fehlenden Rohstoffe eingeschmuggelt werden und zwar zu Wucherpreisen. Dies alles wäre nicht notwendig, wenn sich die Behörde endlich entschließen könnte, ohne Kriegsgefellschaften einen freibändigen Verkauf zu veranstalten, bei dem jedermann, unter Ausschluß der Hamsterei, das Quantum erhält, was er für seinen persönlichen Bedarf benötigt. Im Felde müßten starke lange herumlaufen, um ein Bruchband zu erhalten. Im Eispalast liegen circa 200 000 Bruchbänder in allerfeinster Ausführung.

Militärinvalidenpensionen- und Militärrenten-Empfänger, deren Pension oder Rente in ihrem ganzen Betrage ruht, weil sie zurzeit noch als Beamte bei einer Behörde beschäftigt sind, werden belustig Prüfung über etwaige Zuständigkeit eines vom 1. Januar 1919 ab zahlbaren Rentenzuschlages hierdurch aufgefodert, schriftliche Anträge unter Befügung des Invalidenpensions- oder Militärrenten-Cuttungsbuches und des Militärpases an diejenige Pensionsregelungsbehörde richten zu wollen, welche ihnen zuletzt die Pension oder Rente oder einen Teilbetrag daraus gezahlt hat. Anträge sind nicht erforderlich bei Pensionären und Rentenempfängern, die einen Teilbetrag der Militär-Pension oder -Rente bereits durch die Post beziehen, sowie bei denjenigen Pensionsempfängern, welche zu einer Pension 5. Klasse anerkannt sind.

Von der Massenpeisung. Infolge der Besserung in der Lebensmittelversorgung ist die Teilnahme an der Volkspeisung erheblich geringer geworden. Die Zahl der Teilnehmer an der Mittagspeisung ist z. B. unter dem Stand von Oktober 1916 gesunken, die seit November 1918 eingeführte Abendpeisung weist überhaupt eine nennenswerte Teilnehmerzahl nicht mehr auf. Es ist deshalb beschloffen worden, die Abendpeisung mit Sonntag, den 13. Juli, völlig einzustellen, die Zentralbüros IV (Sellersstraße), VI (Wäckerstraße), VIII (Luisen-Ufer) und IX (Marheineckplatz) zu schließen und ihre Ausgabestellen auf die bestehenden lebenden Küchen zu verteilen. Ferner sollen die am wenigsten in Anspruch genommenen Ausgabestellen 7 (Pladerstr. 1/8), 25 (Ruhelplatzstr. 6/7), 29 (Auguststr. 67/68), 30 (Reibestr. 31/32), 35 (Gartenstr. 107), 36 (Schornhorststraße), 39b (Pariannen-Ufer 1a), 40 (Raglerstr. 3), 47 (Rostocker Str. 32), 51 (Stallgreiberstr. 54), 59 (Kempelhofstr. Ufer 20), 60 (Culmstr. 15) und 62 (Genthiner Str. 4) vom oben bezeichneten Tage ab aufgehoben werden. Den wenigen dort noch verbleibenden Teilnehmern muß anheimgestellt werden, eine der nächstgelegenen bestehenden Ausgabestellen aufzusuchen.

Diebstahl in der Armentdirektion. Am 25. März wurde in der Kasse der Armentdirektion ein Fehlbetrag von 5526,72 M. festgestellt. Das Geld konnte nur nach Dienstschluß entwendet sein. Es war in einem Geldschrank, zu dem der Schlüssel sich in einem Schubkasten des Vorstehers befand, verwahrt. Dieser Kasten war bei der Entdeckung des Diebstahls verschlossen und wies ebensowenig wie der Geldschrank Beschädigungen auf. Ermittlungen sind ergebnislos geblieben.

Von seinem Diener um 200 000 M. befohlen wurde ein in der Potsdamer Straße wohnhafter Kommerzienrat. Der aus Naastriht in Holland gebürtige Diener Peters suchte mit der Deute das Weite. Wahrscheinlich wird er's versuchen, nach Holland zu entkommen.

Zwei Straßentrüber wurden von der Kriminalpolizei festgenommen: Johann Balow, Streifgasse, und Joh. Scheppan, Vorflurstraße. Sie gehörten zu den dreisten Räubern, die besonders in der Gegend des Steintiner Bahnhofs bei eintretender Dunkelheit auf offener Straße Leute anhalten, sie durch Festhalten der Hände auf dem Rücken wehrlos machen und dann ausplündern. Scheppan ging sogar so weit, daß er einen Kaufherr vom Bod herunterwarf, sich selbst auf den Wagen setzte und mit dem Fußwerk davonfuhr.

Deutscher Holzarbeiterverband (Verwaltungsstelle Berlin). In Wittlich, den 2. d. M., abends 6 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Herrn. Hakenbeide 14/15, Tagesordnung: Unsere Entscheidung über das Ergebnis der Verhandlungen auf Genehmigung von Teuerungszulagen und Ferien. Kollegen und Kolleginnen! Erhalten aus-nahmslos.

Einnehmer der Viktoria-Versicherung: Am Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Wille, Seebastianstr. 39, Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Zentralverband der Töpfer und Verengenen Deutschlands. Große Versammlung. Freitag, 11. Juli, abends 6 Uhr, im Genossenschafts-haus, Angelier 15, Saal 1, außerordentliche General-versammlung. 1. Bericht von der 11. Generalversammlung in Nürnberg. 2. Stellungnahme zu den Arbeiterratswahlen. 3. Die Aus-lösungssache. 4. Stellungnahme zur Wahl des 1. Vorsitzenden.

Deutscher Musikerverband, Sektion der Orchestermusiker. Am Mittwoch, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, im Vereinshaus: Versammlung der Vertrauensleute.

Potsdam. Demonstration im Stadtverordneten-sitzungssaal. Demonstrationen sind in der gegenwärtigen be-wegten Zeit keine Seltenheit, sie sind Begleiterscheinungen der jetzigen politischen wie wirtschaftlichen Verhältnisse. Trägt man den Forderungen der Demonstranten etwas Rechnung und sucht be-rühigend zu wirken, dann verlaufen derartige Demonstrationen meist harmlos, peitscht man aber die so wie so schon erregten Ge-müter durch provozierende Reden auf, dann arten diese Demon-strationen zumeist in Mord- und Zummattungen aus. Das letztere war auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Fall. Auf der Tagesordnung stand ein sozialdemokratischer Antrag, dem Arbeiterrat die feinerzeit bewilligten Mittel verbrauchen zu lassen. Es handelte sich um etwa 3—4000 M. Hunderte von Arbeitern hatten sich zu dieser Sitzung im Zuhörerraum eingefunden, um zu beweisen, daß sie hinter dem Arbeiterrat stehen und ein Interesse an dessen vorläufigem Fortbestand haben, wenigstens so lange, bis eine Neuwahl des Magistrats stattgefunden und damit die Arbeiterschaft auch in dieser Korporation vertreten ist. Die Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien begründeten ihre Forderung in durch-aus sachlicher Weise, vermieden jede Schärfe und hoben besonders hervor, daß es sich nur um bereits bewilligte Mittel handelte, daß man also garnicht die Absicht habe, nach Verbrauch dieser Mittel mit neuen Forderungen zu kommen. Die Demokraten wandten sich gegen den Antrag, weil die Sozialdemokraten heute gegen die Wahl eines unbefoldeten Stadtrats, den man der Sozialdemokratie wollte zu-kommen lassen, gestimmt hatten, sie hätten dadurch gezeigt, daß sie gar kein Interesse haben, im Magistrat vertreten zu sein. (In Wirk-lichkeit war aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Belegung gestimmt worden, weil nach einer eben bekannt gewordenen Selegesvorlage die Neuwahlen der unbefoldeten Magistratsmitglieder bis 31. August so wie so erfolgen müßten). Diese Haltung der Demokraten war bei ihrer bisherigen Stellung zu Arbeiterfragen absolut nicht verwunderlich. Dem Fall den Boden schlug hierauf aber eine Rede des deutschnationalen Stadtverordneten Wendelsson aus, der den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion in äußerst provozierender Weise vertat und sich schließlich dazu verließ, der S. P. D. vorzu-werfen, daß ihre Mitglieder vom 9. November aus praktischen Gründen zu ihr gekommen seien. Hatte hier die Erregung bei der Zuhörerschaft schon den Höhepunkt erreicht, so kam sie zur Explosion, als darauf die Vorlage gegen die Stimmen der beiden sozialdemo-kratrischen Fraktionen abgelehnt wurde. Ein allgemeiner Tumult brach los, sobald der Vorsitzende es für geraten hielt, die Sitzung zu vertagen. Nach Verlauf einer Viertelstunde wurde die Sitzung durch ein sozialdemokratisches Vorstandsmittglied wiedereröffnet und konnte nun ungehindert ihren Fortgang nehmen.

Leichtes. Ferienpiele und Ferienausflüge. Auf den städtischen Spielplätzen und Schulhöfen werden unter Auf-sicht Spielleiter veranstaltet. Ausflüge sollen unter Führung von Lehrpersonal vor sich gehen. Es ist zu hoffen, daß Eltern und Jugend recht zahlreich von den ihnen gebotenen Gelegenheiten Gebrauch machen werden.

Schöneberg. Die Kinder der Ferienkolonien treffen sich heute mittig um 1 Uhr Beiziger, Ute Martin-Luther-Strasse, zum W-marsch nach der Rudenstraße.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Die Gültigkeit der grauen Reichsreisereisemarten ist bis 27. Juli verlängert. Vom 28. Juli ab gelten nur noch die roten neuen Marken.

Berlin. Mi. Donnerstag im 113., 114., 116., 118., 120., 122. und 209., Mi. Freitag im 115., 117., 119. und 123. und bis Sonnabend im 121. und 126. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Röh.

Reichsreisereise. Dienstag: Gemahlene Kartoffelstoden (Haus-halts-art), Mittwoch: 250 Gramm Röhden (39). Donnerstag: Salzgemahle (Haus-halts-art), Freitag: 200 Gramm Röhden (40), Sonnabend: Lebermehl in Dosen (Haus-halts-art).

Leichtes. 1 Bund Hefen (A I und A II), Umtausch der Reichsreisereise gegen Röhden (Haus-halts-art) bis 2. Juli, Rathausstr. 7, von 9—1 Uhr. Ertrag für Kartoffel: 750 Gramm Brot (50), 250 Gramm Kartoffelstoden (51).

Preis. Mi. Ertrag für Kartoffeln 750 Gramm Brot (50).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Gruppenversammlung Mittwoch, 7 Uhr, in den bekannten Gruppenlokalen. — 7. Gruppe: Spreestraße 1 bei Schöpfke. Der Vorstand: Kuno.

Tempelhof. Morgen Mittwoch: Jahrsabend in allen Bezirkslokalen. Capenitz. Jahrsabend Mittwoch in folgenden Lokalen: Damm-Vor-haft bei Jungklaus, Borsmannstr. 5. Röhden Vorhaft bei Eppelahl, Schönerlinde Str. 5. Röhden Vorhaft bei Georg Schulze, Müggelheimer Straße 12. Alt-Stadt bei Gull. Müller, Alter Markt.

Steglitz. Bezirksabend am Mittwoch, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: Jung. Röhden, 67. Röhden, Mommenstr. 46. „Prülat“, Schloß-straße 121. Döcke, Schönberger Ecke Holteinsche Straße. Glömer, Döppelstr. 7. Thiel, Albrechtstr. 67. Thiele, Umbachstr. 8. Geisler, Jenerstr. 22. Müller, Albrechtstr. 53. Siebte, Berlinische 10.

Friedrichsdorf-Petersdamm-Bogelndorf. Gemeinamer Bezirksabend am 9. Juli bei Nabel in Petersdamm. Tagesordnung: Vortrag über Bildungsbestrebungen und Jugendfrage. Freie Aussprache. Neuwahl des Bezirksleiters.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerband. In für Mittwochabend nach dem Lehrerverein einander eine Versammlung wird bis nach Beendigung des Reichsstreiks vertagt. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Jellendorf. Neue Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Hofmann, Lottner Str. 23. Be-zirksversammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitgliederliste vor-zulegen. — Reichsbund deutscher Referendare und Rechtsdrattika-ten (Gruppe Brandenburg). Am 12. nachmittags 4 1/2 Uhr, im großen Schaurgerichthaus, Turmstraße, III. Etage, 664, allgemeine Mit-gliederversammlung. — Der Vortrag des Professore Dr. Hirsch in der Dandels-Hochschule über das Problem des Preisabfalls wird nochmals verlesen. — Gemeinverhältnis! Rechtsvorträge. Neue Dienstag, 8 Uhr, in der Landwirtschaftl. Hochschule, Invalidenstr. 42, über „Ehe-scheidung“. — P-eiter-Wasserhort-Verband. Kreis I. Verkehrsvereinigungen halber (ndet die Schwimmvereinigungen nicht am 8., sondern am 15. d. Mts. im Seebad Weihensee statt. Schriftliche Mitteilungen an Fritz Buschmann, Neudölan, Wipperstraße 17. —

Briefkasten der Redaktion.

Reichswehrmann. Ich bitten um Namensnennung, sonst Angaben wertlos.

S. 34. Es kommt auf den Inhalt des Lehrvertrages an; ist ein solcher nicht geschlossen, so liegt bei erheblicher Zeitdauer keine Verpflichtung des Arbeitgebers vor. — G. R. 19. 1. Ein geistlicher Anspruch ist nicht festgelegt, etwa 4 M. den Tag. 2. „Schlechte Zeitung“ zu Preußen. — H. P. 003. Leider keine Aussicht auf Erfolg; sie hätten sich vorher bei der Geschäftsstelle des Ortsausschusses für Wohnungsverhältnisse, Berlin W., Hottelstr. 4 I, melden müssen. Vorhin wäre auch ein nach-träglicher Gehalt zu richten. — P. R. 10. So, wenn eine solche Teilnahme in der Zeitung enthalten ist. — R. 84. 1. Nach Belieben, keine Vor-schrift, Worte der unteren Lohnklasse genügt. Innerhalb zwei Jahren sind mindestens 20 Karten zu lesen, dann Umtausch. — J. S. 100. Nach der Frage des Rieckelungsbands ist der Preis angemessen. Wärdner Sie eine Ermäßigung, so möchten Sie vor dem 1. Oktober das Rieckelungsbands anrufen. — H. W. 1225. Nach § 1280 der BGB. ist die Kündigung erfolgen. Die Wiederanstellung der Anwärterin teilt ein durch freiwillige Fortsetzung der Versicherung mit 200 Beitragswochen und unter der Voraussetzung, daß der über 60 Jahre alte Bewerber 7

Lessing-Theater.
Sommerstück: H. Sternberg.
Ganzspiel Guido Thielscher.
8 Uhr: Charleys Tante.
Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in
Die Totschbahn.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr:
Auch ich war ein Jüngling...
(Schwank).
Kammerspiele.
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib u. der Hangelmann.
Theater des Westens.
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Mia Werber und Hans Wassermann in Die Gelüste.
Central-Theater.
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: Die Fledermaus.
Friedr.-Wilhelms-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Falsch.**Kleines Theater.**
7 1/2 Uhr:
Untern Baume der Erkenntnis
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Fälschung.
Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.
Palast-Theater.
7 1/2 Uhr: Weinende Erben.
Oper in 3 Akt v. R. Danziger.
Schiller-Theater, Charl.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Jungfer Sonnensehein
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Die Puppe.
Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So ein Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polizeistück.
Wallner-Theater.
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.
Theater i. d.
Königsgrätzer Straße.
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus.
Lucie Büttlich u. Lindv. Hertau
8: Liebtst von der Platz.
Berliner Theater.
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
Voigt-Theater.
Bahnhofstr. 96. 7 1/2 Uhr:
Frühlingstrost.
Scherer:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 9 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Sob. 10 Uhr, Sonn. 10 1/2 Uhr.
Berliner Prater.
7 1/2 Antonienallee 7/8.
23 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz- u. Ball.
Dietz 12 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Bht. Friedrichstr. 207. 407. 23 1/2 Uhr.
Täg. 8 U. Heute u. 902. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ehe-Verlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Dehnbauten.
Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Balletts
Im Dispensierschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Kavale
Admirals-Kino.
Das Buch Esther.
Der Weiberzind.
Theater a. Kottbus. Tor
Abendstück 7 1/2 Uhr
Blüte-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Blühenden-Konzert.
EDDI
Potsdamer Str. 34
Turmstr. 12
„Ander als die Andern“
(S. 175)
Regie: Richard Oswald.
Alexanderplatz-Passage.
Cagliostro-Totenhand.
Friedens, Rheinstr. 14
Maria Carmi
in Das Wunder
der Madonna.

National-Theater
8 Uhr Sturm-Erfolg 8 Uhr
Familie Haunemann.
Luisen-Theater.
7 1/2: Wenn Frauen lieben
Sonntag 3 Uhr:
Ein glücklich. Familienvater
Täglich abends 7 1/2:
Wenn Frauen lieben.
Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 11 Uhr, Zum 177. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

4 X zum 4444 sten X
Der Falsch
Freitag, den 11. Juli 1919, abends 7 1/2 Uhr
Berlin, Friedrich-Wilhelms-Theater
Hannover, Scharnburg
Königsberg, Neues Schauspielhaus
Stuttgart, Friedrichs-Theater
Der Reinertrag dieses Abends für die
deutschen Kriegsgefangenen

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Goch-Berlin. Bureau: Köpenicker Str. 29.
Die für heute, Dienstag, den 8. Juli,
anberaumte Mitgliederversammlung findet
nicht statt. Neue Anzeige nach Aufnahme
des Verkehrs.
Die Ortsverwaltung.
Die Geschäfts-Führungsstelle für Erwerbslose befinden sich vom
Mittwoch, den 9. Juli, ab
in dem Hause Lützowstr. 9, Hof III rechts.
Charlottenburg, den 8. Juli 1919.
Der Magistrat. 331D*

Sanitätsrat
Dr. Wegscheider's
Brust- u. Tropfen
nach Original-Vorschrift
gegen Husten und Lungen-
leiden in Paketen zu 4,50
und 7,50 Mk.
Elefanten-Apotheke
Berlin, Leipziger Str. 74,
Dönhofsplatz.

Am 3. Juli, abends
7 Uhr, verschied nach
langem, schwerem Leiden
mein lieber Sohn, unser
geliebter Vater, Sohn, Bruder,
Schwager und Onkel
Heinrich Papist
im 43. Lebensjahre.
Dieses jenseitige Leben an
Elisabeth Papist
geb. Kranich.
Die Feuerbestattung findet
am 10. Juli, nachm. 2 Uhr,
im Krematorium Baum-
schüttenweg, Riefholzhöhe,
statt.
2290b
(Ruhigenden vorbeigen.)

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rechen gestattet!
APOLLO
Friedrichstraße 218
Dirr: James Klein
7 1/4, Sonntag 7 1/2
Letzter Gast-
spiel-Monat
der Gesellschaft
Anton
Herrnfeld
mit der neuesten
Schlager-Burleske
Nur nicht
schießen
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 3 1/2, 4 Erwachsene
1 Kind frei!

Reichshof-Theater
Gefühlvolle, bestenfalls
Sensibler
Victoria-Säng.
Wichtig neue
Programm.
1. & 8. Ubr:
Auktoren & Gedulmer Sänger.

Film-Palast
Koppenstraße 29. Dir. J. Werner.
Wegen des
Riesenerfolges noch einmal:
Moral und Sinnlichkeit.
Die Hauptdarstellerin
Erika Glässner
ist heute persönlich anwesend.

Preuß. Staats-Lotterie
Beginn der neuen Lotterie am 15. Juli 1919
Ganzz. Halbes Viertel Achtel
Lose zu 42 21 10,50 5,25 M.
zu haben:
Neumann, Lotterie-Einnehmer,
Berlin W 30, Hauptstr. 20.
Ruhigenden:
Die Sozialisierung „von unten auf“.
1. Sozialismus. 2. Die Konsumgenossenschaften. 3. Die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. 4. Die Bedarfs-güter-Verzierung. 5. Die Landwirtenschaft. 6. Die Mietsverhältnisse. 7. Die Selbstführung der Städte. 8. Die Herberberggemeinde.
Verlag F. E. Fischer, Leipzig.
In jeder Buchhandlung zu haben. Ladenpreis 90 Pf.

Unauffällig
erhält ergötztende Haar gleich-
mäßige Naturfarbe wieder durch
einmaliges Überbürsten mit
Weichheit „Regeneratör“.
Sicht unmöglich, unnummeriert,
aber und abtrotzt unfehlbar.
Flasche 6.- St. Otto Meißel,
Berlin 43, Eichenbühl 4.

Dankagung.
Allen Verwandten, Freunden
Bekanntem, den Kollegen des
Stroma-Komplexes, der Firma
Willems König und den Bewein-
genossen der Obhut-Bestattung für
die trage Anteilnahme bei der
Bestattung meines teuren Gatte-
schlafens, sowie dem Bemöhen
Heilmann für seine treue Hilfe
während der letzten Tage mit
unsern innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Frau Emilie Janow
nebst Kindern.

Königsgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
Lucie Büttlich u. Lindv. Hertau
8: Liebtst von der Platz.
Berliner Theater
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
Voigt-Theater
Bahnhofstr. 96. 7 1/2 Uhr:
Frühlingstrost.
Scherer:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 9 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Sob. 10 Uhr, Sonn. 10 1/2 Uhr.
Berliner Prater
7 1/2 Antonienallee 7/8.
23 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz- u. Ball.
Dietz 12 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Bht. Friedrichstr. 207. 407. 23 1/2 Uhr.
Täg. 8 U. Heute u. 902. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ehe-Verlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Dehnbauten.
Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Balletts
Im Dispensierschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Kavale

Reichshof-Theater
Gefühlvolle, bestenfalls
Sensibler
Victoria-Säng.
Wichtig neue
Programm.
1. & 8. Ubr:
Auktoren & Gedulmer Sänger.

Rennen
zu Berlin-Grünwald
6. Tag: Dienstag, den 8. Juli,
nachmittags 2 1/2 Uhr:
8 Rennen im Werte v. M. 132 000 u. 2.
Graditz-Rennen 27 000 Mark
Verkehrsverbindungen:
Vorortzüge bis Bahnhof Rennbahn. Ufergrundbahn
bis Bahnhof Reichskanzlerplatz. Straßenbahnen D
und U bis Bahnhof Hauptstr. etc.

TERAS
Schwarzes
BERLIN
Wenig hilft viel

Wie ein Wunder
besenigt
San-Pat Haussalbe
von Dr. Straßl
Hautausschl. Pielch.
Hautjuck. des. Beimschad.
Krankheits der Frauen
u. dergl. in Originaldosen
4,50, 7,50 erhältlich in der
„Elefanten-Apotheke“
Berlin 213, Leipziger
Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Spezialarzt
Dr. Haedicke
Friedrichstr. 187/88
(an der Mohrenstraße).
Sprechzeit: 11-1, 3-7. 72L.
Sonntags: 11-1
Der sichere Weg
zur Heilung der
Syphilis
von Spezialarzt Dr. med. Kurt
Reinhardt, Berlin. 68 Seiten
Preis 1,25 Mk. (l. verschluss
Briefumschlag ohne Aufschrift
frei 1,50 Mk. zgg. Voreinsendung
d. Betrags). Zu beziehen nur
durch E. Haase's Buch-
handlung, Berlin W, Pots-
damer Straße 116 a, Ecke
Lützowstraße.

Königsgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
Lucie Büttlich u. Lindv. Hertau
8: Liebtst von der Platz.
Berliner Theater
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
Voigt-Theater
Bahnhofstr. 96. 7 1/2 Uhr:
Frühlingstrost.
Scherer:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 9 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Sob. 10 Uhr, Sonn. 10 1/2 Uhr.
Berliner Prater
7 1/2 Antonienallee 7/8.
23 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz- u. Ball.
Dietz 12 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Bht. Friedrichstr. 207. 407. 23 1/2 Uhr.
Täg. 8 U. Heute u. 902. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ehe-Verlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Dehnbauten.
Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Balletts
Im Dispensierschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Kavale

Reichshof-Theater
Gefühlvolle, bestenfalls
Sensibler
Victoria-Säng.
Wichtig neue
Programm.
1. & 8. Ubr:
Auktoren & Gedulmer Sänger.

Heringsdorf
See- und Solbad
Der von der Natur mit Hochwald am meisten bevorzugte
Badeort der Ostsee — Kurlmusik.
Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung oder durch
das Gemeindefamt. 1104L.*
Kurzeit 1. Juni bis 30. September.

Brillanten Juwelen
Berlen
Ballionsstr. 155, Ecke Hotel d. Linden
gegenüb. d. Dittoria-Café, Zentrum 1000
Photo-Apparate
Objektive Mikroskope
kauft und verkauft
Sg. Leifegang, Potsdamerstr. 138
Berlin, Tauentzienstr. 12
Schloß-Platz 4

Wie ein Wunder
besenigt
San-Pat Haussalbe
von Dr. Straßl
Hautausschl. Pielch.
Hautjuck. des. Beimschad.
Krankheits der Frauen
u. dergl. in Originaldosen
4,50, 7,50 erhältlich in der
„Elefanten-Apotheke“
Berlin 213, Leipziger
Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Spezialarzt Dr. Hasche
Sprechstunden 10-1, 3-8. Sonnt. 10-1.
am Bahnh. — Teilzahlung —
Friedrichstraße 90. Teilzahlung —
Friedrichstraße 90.
Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännliche Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärnde Gratis-
Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren)
in den Sprechstunden von 12-2 mittags, 1/2 bis
1/2, 10 Uhr abends, Sonntags 11-1 Uhr (im ver-
schlossenen Brief 1,25 Mk.).

Königsgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
Lucie Büttlich u. Lindv. Hertau
8: Liebtst von der Platz.
Berliner Theater
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
Voigt-Theater
Bahnhofstr. 96. 7 1/2 Uhr:
Frühlingstrost.
Scherer:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 9 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Sob. 10 Uhr, Sonn. 10 1/2 Uhr.
Berliner Prater
7 1/2 Antonienallee 7/8.
23 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz- u. Ball.
Dietz 12 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Bht. Friedrichstr. 207. 407. 23 1/2 Uhr.
Täg. 8 U. Heute u. 902. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ehe-Verlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Dehnbauten.
Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Balletts
Im Dispensierschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Kavale

Reichshof-Theater
Gefühlvolle, bestenfalls
Sensibler
Victoria-Säng.
Wichtig neue
Programm.
1. & 8. Ubr:
Auktoren & Gedulmer Sänger.

SPÄTHE
GLORIA
PIANO
BERLIN W. 9...
POTSDAMERSTR. 179
Der amtliche Druck
des
Friedensvertrages
Dreisprachige Faksimile-Ausgabe mit den Originalkarten,
gedruckt in der Reichsdruckerei
erscheint heute
bei der
Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H. & Charlottenburg
zu haben in allen Buchhandlungen

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisemöbeln, Herrenzimmern, Schlaf-
zimmern, Ecker- u. Gebel-Schreibtischen, Büch-
schränken, Truhen, Schränken, Verticils, son-
stigen Ausstattungsgegenständen usw. haben zur ge-
billigsten monatlichen Ratenzahlung in der Dresdenerstraße
Nr. 1, Nr. 6 u. Nr. 106 nahe Potsdamer Platz bei
Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7
Grüßet von 8-6

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse 15. u. 16. Juli 1919.
1/4 10,50 21 42 M. u. Porto
Hahn, Lotterie-Einnehmer, Berlin S 14,
Prinzessinnenstr. 79, am Moritzplatz.
Tägt. Gewinnlisten zur Preuß.-Südd. Klassen-Lott.
1.-5. Klasse zum Preise von M. 14 versendet.
H. C. Bahns Wwe., Berlin S 14,
Alexandrinenstr. 79 und Prinzessinnenstr. 79.

Das goldene Buch des Weibes
10 Kapitel aus dem intimsten Leben der Frau. 6. Aufl.
Von R. Gerling. — 132 Seiten. 154/5
Inhalt: Wie erbt die Frau das Eheglück? — Warum
verblühen so viele Frauen so früh? — Pflege u. Er-
haltung weiß. Schönheit. — Das Geschlechtsleben in
der Ehe. — Die Bedeutung der Krankheiten für das
Eheleben. — Gesundheitspflege während d. Schwanger-
schaft. — Die Regelung des Kindererzuges. — Unfrucht-
barkeit, ihre Ursachen und Verhütung. — Wie erlangt
man schöne u. gesunde Kinder? — Das Recht der Frau
und das Erbrecht. — Preis 3.- M., gebunden 4.- M.
Oranien-Verlag, Oranienburg 92.

Königsgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
Lucie Büttlich u. Lindv. Hertau
8: Liebtst von der Platz.
Berliner Theater
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
Voigt-Theater
Bahnhofstr. 96. 7 1/2 Uhr:
Frühlingstrost.
Scherer:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 9 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Sob. 10 Uhr, Sonn. 10 1/2 Uhr.
Berliner Prater
7 1/2 Antonienallee 7/8.
23 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz- u. Ball.
Dietz 12 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Bht. Friedrichstr. 207. 407. 23 1/2 Uhr.
Täg. 8 U. Heute u. 902. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ehe-Verlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Dehnbauten.
Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Balletts
Im Dispensierschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Kavale

Reichshof-Theater
Gefühlvolle, bestenfalls
Sensibler
Victoria-Säng.
Wichtig neue
Programm.
1. & 8. Ubr:
Auktoren & Gedulmer Sänger.

Freigegeben ist der
grosse Sensations-Roman
Das Mädchen aus
der Ackerstrasse
Ein Sittenbild aus Gross-Berlin
von Ernst Friedrich
Preis geheftet M. 5,50
„ elegant gebunden „ 7,15
Zu beziehen durch
Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27. Abl. 9.

Ein großer Posten
Leder-Schuhsenkel
billig zu verkaufen. Geeignete Gelegenheit
für Schuhfabriken und -Geschäfte, Sattlerwaren,
Händler, Gemischtwarengeschäfte, Kantinen usw.
Probierstück 80 cm lang 20.- Mk. gegen Nach-
nahme von Riemenfabrik
B. Felix, Schwennungen 103 a. N.

Keine Wanze mehr für
2,-
nur mit Kammerjäger Bergs Noodal u. II zu erzielen
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetlich
geschützt. Doppelpaket M. 2,-. Ausreichend für 1 bis
3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim
Bel Eins. von M. 2,60, oder Postscheckkonto Berlin 31 25
portofr. Zus. durch Herrn A. Grosse, Berlin, Königsgrätzer Str. 4

30 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter Stärke
wirken durchgreifend u. mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,50, 2,75, 4,50 u. 6,50
Schwaben-Puder „Mertal“
Pack M. 1,25, 2,50, 5.-, Pfund M. 10.-
Motten-Pulver
Pack M. 1,25, 2,50, 5.-, Pfund M. 10.-
Anerkennungen aus aller Welt.
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4781, 4782, 4783.
Man wende Erstmittel und nehme in den
Drogerien nur die echten Originalpackungen
mit der allein Wirkbarkeit verbürgenden Marke

Königsgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
Lucie Büttlich u. Lindv. Hertau
8: Liebtst von der Platz.
Berliner Theater
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
Voigt-Theater
Bahnhofstr. 96. 7 1/2 Uhr:
Frühlingstrost.
Scherer:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 9 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Sob. 10 Uhr, Sonn. 10 1/2 Uhr.
Berliner Prater
7 1/2 Antonienallee 7/8.
23 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz- u. Ball.
Dietz 12 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Bht. Friedrichstr. 207. 407. 23 1/2 Uhr.
Täg. 8 U. Heute u. 902. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ehe-Verlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Dehnbauten.
Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Balletts
Im Dispensierschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Kavale

Reichshof-Theater
Gefühlvolle, bestenfalls
Sensibler
Victoria-Säng.
Wichtig neue
Programm.
1. & 8. Ubr:
Auktoren & Gedulmer Sänger.

Goldfüllfeder
Echt Gold, in Diamant
Iridium-Spitze
14 Mk.
Sicherheits-
halter
18 cm lang 35 Mk.
12 Wochen Um-
tauschrecht.
Alle Systeme.
Reparaturen
aller Systeme
FINK
Friedrichstr. 74
Berlin V.
Prospekt winterversandt gratis.

Leder-Möbel-Fabrik
verkauft direkt
ohne Zwischenhandel
Klubsessel
und Leder-Sofas
in pr. garant. sch. Leder
zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 23
Oranienstr. 25.
Mandoline, Laute.
Gitarre, Mandocimba,
45.-, erhl. 55.-, Konzertlaute
125.-, 145.- (Halterstr. 3-
Zimmernhaus, erhl. 10 Bdg.
Schneiderei), 80 Bdg. Violin
mit Zubehör 125.-, Konzert-
geige 95.-, Ernst, Oranien-
straße 160/111.
Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen, nach konstru-
tionslosen Anleitung,
Inchmann, Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 20/22
Rochherde
für Sammlungen, trans-
portable Kochherde, offene
Öfen, Gasöfen, Elektro-
herde, etc. und email.
Lieferer vom Lager
F. H. Max Lademann
G. m. b. H.,
Seefeldstraße 12/13.

Tod u. Teufel
30 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter Stärke
wirken durchgreifend u. mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,50, 2,75, 4,50 u. 6,50
Schwaben-Puder „Mertal“
Pack M. 1,25, 2,50, 5.-, Pfund M. 10.-
Motten-Pulver
Pack M. 1,25, 2,50, 5.-, Pfund M. 10.-
Anerkennungen aus aller Welt.
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4781, 4782, 4783.
Man wende Erstmittel und nehme in den
Drogerien nur die echten Originalpackungen
mit der allein Wirkbarkeit verbürgenden Marke

Tod u. Teufel
30 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter Stärke
wirken durchgreifend u. mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,50, 2,75, 4,50 u. 6,50
Schwaben-Puder „Mertal“
Pack M. 1,25, 2,50, 5.-, Pfund M. 10.-
Motten-Pulver
Pack M. 1,25, 2,50, 5.-, Pfund M. 10.-
Anerkennungen aus aller Welt.
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4781, 4782, 4783.
Man wende Erstmittel und nehme in den
Drogerien nur die echten Originalpackungen
mit der allein Wirkbarkeit verbürgenden Marke

Der Eisenbahnerstreik. Terror der Streikenden.

Hannover, 7. Juli. In einer Mitteilung des Kommandierenden Generals an die Presse heißt es u. a.: Die von der Streikleitung in ihrem Flugblatt zugelegte Aufrechterhaltung der Ordnung ist nicht überall durchgeführt. Auf den Strecken stehen Züge mit Lebensmitteln und sogar mit lebendem Vieh, das nicht befördert und nicht versorgt wird. Außerdem droht die Kohlenversorgung in bedenklicher Weise. Die hannoversche Maschinen-Aktiengesellschaft hat ihren Betrieb bereits einstellen müssen. Die Arbeiter sind damit keineswegs einverstanden. In Seelze haben streikende Arbeiter versucht, das Stellwerk zu zerstören. Der Kommandierende General hat schon am Sonnabend erklären lassen, daß er militärische Hilfe zum Schutz der Arbeitswilligen entsenden werde. Die auf dem Bahnhof arbeitenden Studenten sollen mit Gewalt entfernt werden. Ihre Arbeitsstätten waren von Streikenden stark belagert. Der militärische Schutz hat eingegriffen, und die Streikenden haben ohne Widerstand den Bahnhof geräumt. Am Montag morgen hat der Kommandierende General einen Verordnungsbescheid zur Streikleitung erlassen, um diese aufzufordern, den Streik abzubrechen, da sonst energische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Der Kommandierende General hat der Streikleitung ferner sagen lassen, daß bei dem geringsten Vorkommnis sofort von allen Seiten Truppen in die Stadt geführt werden, um die Rechte des Volkes vor der Vergewaltigung durch eine kleine Minderheit zu schützen.

Ende in Hannover und Wittenberge.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, ist der Bahnhof Wittenberge wieder in vollem Umfange im Betriebe. Es kann der Personenverkehr, wie auch der Güterverkehr wieder in vollem Umfange bedient werden. Im Direktionsbezirk Hannover wird die Ruhe ebenfalls wieder hergestellt, so ist der Bahnhof Lehrte wieder von den Arbeitswilligen besetzt worden und der Betrieb dort wieder aufgenommen worden.

Arbeitsniederlegung in der Betriebswerkstatt Harburg.

Hamburg, 7. Juli. Die Streiklage im Eisenbahnbetrieb ist durch die heutige Arbeitsniederlegung der Betriebswerkstatt Harburg-Elbe noch verschärft.

Magdeburger Streik nicht!

Uns wird gemeldet: In einer sehr erregt verlaufenen Versammlung Magdeburger Eisenbahnarbeiter wurde mit großer Mehrheit beschlossen, nicht in den Streik zu treten!

Politischer Streik in Oberschlesien?

Kattowitz, 7. Juli. Es streiken: Myslowitzgrube, von den Valeskremschen Gruben Brandenburg. Im Rybniker Revier: Emma, Römer, Anna, von Charlottengrube Leuschacht völlig, Schreibergrube 50 Proz. Ferner streikt die Donnersmaragrube. Die Streikgründe sind fast durchweg politischer Natur.

Polnisch-deutsche Zusammenstöße.

Der Kattowitzer Grenzschutz meldet, daß es anläßlich einer deutschen Protestdemonstration gegen die Abtrennung Oberschlesiens in Kattowitz zu Zusammenstößen zwischen den Demonstrierenden und polnischen, angeblich ausdrücklich zu diesem Zwecke herbeigeführten Landbevölkerung kam. Es gelang dem Militär, die Straßen ohne Blutergießen zu säubern.

Ein Verleumder.

Mit welcher schiefen Mitteln seitens der Agrarier gehetzt wird, geht aus einem Bericht der „Oberschlesischen Rundschau“ vom 1. Juli über die Bezirksstagung des Bundes der Landwirte hervor. Auf dieser sagte der Geschäftsführer des Agrarierbundes für die Provinz Posen, ein Herr Hölzel u. a.:

Durch die Revolution habe die Arbeiterschaft nicht mehr erreicht, was sie ohnedies erreicht hätte, während Scheidemann sich ein Gut in Dänemark habe kaufen und Eisner kurz vor seinem Tode drei Millionen Mark bei einer Schweizer Bank habe einzahlen können.

Herr Hölzel ist danach ein gewisserloser Verleumder, der mit erlogenen ehrabschneidenden Behauptungen Politik treibt. Seine einzige Entschuldigung ist, daß er damit nur ebenso handelt wie viele seiner Gesinnungsgenossen.

Im Haushaltsanschuh der Preussischen Landesversammlung führt am Montag der Minister über die Arbeiterverhältnisse bei der Eisenbahn aus, die Verwaltung werde alles tun, um die Lage der Arbeiter und Beamten zu verbessern. Aus den Beständen der Heeresverwaltung werden 41 Millionen Meter Kleiderstoffe frei, die besonders in den reicheren Familien der Arbeiter und Angestellten zugute kommen sollen. Auch bei Senkung der Lebensmittelpreise werden

die Löhne von der Verwaltung nur langsam abgebaut werden. Aber diese Linie der Entwicklung muß eingehalten werden, kein Streik darf zu einem Abweichen davon führen, denn, wenn wir jetzt nicht Ruhe und Ordnung schaffen, steht unsere Arbeiterschaft in ganz kurzer Zeit trostlosen Zuständen gegenüber.

Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien stimmten dem Minister zu und traten für die Notwendigkeit scharfer Durchgreifens gegen die Streiks ein. Der Vertreter der Unabhängigen heißt das Vorliegen politischer Motive bei den Streiks und machte den Rostocker Streik für das Aufflammen der Streiks verantwortlich. Der sozialdemokratische Vertreter stimmte im allgemeinen den Ausführungen des Ministers zu und gab seiner Heberzeugung Ausdruck, daß die

Anruhen nicht ohne Zusammenhang und ohne zentrale Leitung entsänden. Der sozialdemokratische Redner vermehrte in der Ministererklärung eine Mitteilung über die Ausgestaltung des Mitspracherechts der Arbeiter und Angehörigen. Der Minister erklärte, er habe es nicht für nötig gehalten, seinen Standpunkt in der Frage des Mitbestimmungsrechts noch einmal darzulegen. Er wünsche, daß die Frage der Betriebsräte recht bald von der Rationalversammlung erledigt werde, und er sei fest entschlossen, in vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Arbeiter und Beamten die Demokratisierung der Verwaltung durchzuführen. Ein anderer Vertreter der Sozialdemokratie wies darauf hin, daß die Verbilligung der Lebensmittel für einen Eisenbahner mit 5 Kindern dasselbe wie eine

Lebenszulage von 30 M. für die Woche

Zum Etat der Bergverwaltung wurde noch eine ganze Reihe von Anträgen angenommen. Angenommen wurde weiter ein Antrag Hagemann (Soz.), wonach die Fortbildungsschulpflicht möglichst bald allgemein für die bergmännische Jugend eingeführt werden soll, die für die Ausbildung von unteren und mittleren Bergverwaltungsbeamten vorhandenen Schulstellen der staatlichen Verwaltung unterstellt werden, und im Handelsministerium ein besonderes Dezernat ausschließlich für das gesamte Bergschulwesen, einschließlich der bergmännischen Fortbildungsschulen für die jugendlichen Bergleute eingerichtet wird.

Erich Mühsam und Dr. Wadler vor dem Standgericht.

Der Arbeiterdeporteur als Kommunist.

In München begann gestern vor dem Standgericht der Prozeß gegen die außer Levine, Toller und dem geschiedenen Lewien nach Hauptbeteiligten an der Münchener Räterepublik. Als erster wird

Erich Mühsam

vernommen. Die Anklage führt aus, daß Mühsam an den Vorbereitungen und der Ausübung der Räterepublik hervorragend beteiligt gewesen sei. Gemeinsam mit Landauer habe er Proklamationen ausgearbeitet und Funksprüche nach Moskau und Budapest abgegeben.

Mühsam machte seine Aussagen in großer Erregung und sprach in teilweise abgerissenen Sätzen. Zunächst erklärte er das Standgericht für unzuständig, das auf veralteten Bestimmungen beruhe. Ferner protestierte er gegen die Verschleppung des Prozesses. Der Einspruch wurde zurückgewiesen. Es entspann sich folgender Dialog:

Rühsam: Es liegt mir nichts daran, an die Milde und Gnade des Gerichts zu appellieren. Ich habe den Wunsch, die absolute Wahrheit festzustellen. Das kann ich aber nicht, wenn ich nicht weiß, was die Staatsanwaltschaft von mir will. Es ist unklar, ob ich für meine Tätigkeit Geld bekommen habe. Der Angeklagte äußert sich dann über seine politische Entwicklung. Er hat, nachdem er vom Gymnasium wegen sozialistischer Umtriebe relegiert worden war, Apotheker gelernt. Er erklärt,

niemals Sozialdemokrat

gewesen zu sein, weil die Demokratie gegen seinen Geschmack sei. In Berlin, erklärte er weiter, kam ich in die Gemeinschaft von Heinrich und Julius Hart. Dort lernte ich Landauer kennen, der mich in die Lehre des Anarchismus einführte, der ich immer treu geblieben bin. Wegen meiner politischen Tätigkeit wurde ich mehrfach verurteilt. In München gründete ich die Gruppe „Zai“, um unter dem Lumpenproletariat kommunistische Ideen zu verbreiten. Das hat mir eine Anklage wegen Geheimbündelei eingebracht. Ich bin aber freigesprochen worden, weil es kein Standgericht war, sondern ein ordentliches Gericht, und weil ich nicht vor Offizieren, sondern vor Richtern stand. Vorsitzender: Unterlassen Sie doch Verteidigungen gegen das Gericht. Mühsam: Ich fühle mich fortwährend provoziert, daß ich Uniformen vor mir sehe.

Ich sehe die Gegenrevolution und das bringt mich in Wut.

Ich fühle mich hier wie ein Kriegsgefangener, bin ich einer, gut, dann stellen Sie mich an die Wand, aber spielen Sie nicht diese Rechtskomödie. Vorsitzender: Haben Sie sich soweit beruhigt, daß wir weiterkommen können? Angeklagter: Bitte.

Mühsam schildert in längeren Ausführungen seine kommunistische Agitation unter dem Verbrecherproletariat und führt an, daß er von vielen Leuten betrogen worden sei.

Man habe ihm das Geld aus der Tasche gestohlen und sei sogar bei ihm eingebrochen.

Vorsitzender: Das ist kein Wunder, wenn Sie sich Ihre Leute aus dem Soller (berühmte Münchener Kaffeehölle) holen. Mühsam: Woher soll ich sie denn holen? Vorsitzender: Sie hatten den Leuten doch wohl dargelegt, daß Eigentum Diebstahl sei. Mühsam: Das Wort stammt nicht von mir, sondern von Broudhon. Der Angeklagte bestreitet, daß er für seine Tätigkeit im Zentralrat auch nur einen Pfennig erhalten habe. Er habe in diesem Jahre 40000 Mark geerbt, die er aber für seine literarischen und politischen Unternehmungen verbraucht habe. Außerdem sei er noch zum fünfsten Mitbesitzer von Berliner Häusern. Während der Revolution sei er Mitglied des revolutionären Arbeiterrats geworden. Er habe dann Leute um sich gesammelt, die entschlossen waren, das Ziel der Revolution

gegen die Regierung Eider

durchzuführen. Dieses Ziel war die Abdankung der kapitalistischen Gesellschaft und ihre Ersetzung durch den kommunistischen Sozialismus. Dieses Ziel steht im Gegensatz zum Zentralismus Eiders und der Sozialdemokraten. Wir nannten uns „Partei der revolutionären Internationalisten“. Wir schlossen uns später der Bremer Internationalen kommunistischen Partei an. Den Berliner Spartakisten stand ich ablehnend gegenüber, weil sie die schärfste Form des dogmatischen Marxismus vertraten. Vorsitzender: Als Sie vor längerer Zeit in Mannheim waren, wurde dort ein Zentralkomitee angehängelt, welches lautete: Der enthusiastische Vertreter der Führer der Münchener Revolution, der berühmte Verfasser der Dichtung „Kain“, der Schriftsteller und Dichter Erich Mühsam wird heute abend über das Thema „Am Vorabend der Weltrevolution“ sprechen. Mühsam: Ich habe das Zirkular nicht verstanden. Die Rede habe ich an dem Tage, da Eisner ermordet wurde, gehalten und bin sofort wieder nach München gefahren. Vorsitzender: Dort haben Sie die Ausrufung der Räterepublik sofort gefordert. Mühsam: Gewiß. Ich bin immer für die Räterepublik gewesen, nicht aber für diese halbseidene bürgerlich-demokratische Republik. Vorsitzender:

Sie sind auf dem Rätekongreß schlecht behandelt worden und haben Prügel bekommen.

Mühsam gibt das zu und fährt fort: Am 6. April begegnete ich Landauer, Kälisch und anderen vor dem Wittelsbacher Palais. Sie forderten mich auf, in das Ministerium des Reichens mitzukommen. Es handelte sich um die

Ausrufung der bayerischen Räterepublik.

Ich hielt das zuerst für einen Scherz, man setzte mich aber aus-

Schließlich wurde noch beschlossen, die Regierung zu erlösen, Aufhängemöglichkeiten für die unteren und mittleren Beamten zu schaffen, in Verbindung mit der Neuregelung der gesamten Beamtenverhältnisse.

Der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung setzte am Montag nachmittag die Jugendvernehmungen fort. Er hörte den Zeugen Franz Alsd über die Tötung von Gefangenen aus dem Bärensteinischen Hause, die Zeugen Siegmund und Köhler über Ausfälschungen der Regierungssoldaten im Januar, sowie einen Zeugen, der behauptete, daß der angeklagte Volkspolizist Roland zur Befestigung des „Vorwärts“-Hauses aufgefordert hätte. Dann wurde in die Vernehmung des früheren Volkspräsidenten Eichhorn eingetreten, der in fast anderthalbstündiger Rede seine Auffassung von der Entstehung der Januarereignisse vortrug. Eichhorn wird mit seinem Einverständnis morgen vor dem Untersuchungsrichter vernommen werden und am Mittwoch wieder vor dem Untersuchungsausschuß der Landesversammlung erscheinen.

Für die hungernden deutschen Frauen und Kinder. Auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung in Berlin-Halensee sind vier Vertreterinnen des Züricher Frauenkongresses hier eingetroffen; um in Berlin, Dresden, Chemnitz, Dresden, Halle und Leipzig die Wirkungen des furchtbaren Weltkrieges und der Hungerkatastrophe auf die Gesundheit der deutschen Frauen und Kinder einem ersten und eingehenden Studium zu unterziehen. Auch die Bevölkerung des Erzgebirges, deren Rot Garhart Hauptmann in seinem ergründigen Aufsatz schildert und für die bereits umfassende Sammlungen eingeleitet worden sind, werden die Damen besuchen. Außer einer Engländerin nehmen an der Mission teil die beiden Amerikanerinnen Mly Adams, Vorsitzende des Züricher Frauenkongresses, und Mly Hamilton, ferner die holländische Bergin-

einander, daß das Proletariat das verlange. Im Ministerium waren Dr. Wadler, Lewien, Kälisch, Schneppenhorst und viele andere anwesend. Vorsitzender: Schneppenhorst sagt, es sei eine sehr fragwürdige Gesellschaft gewesen. Mühsam: Das ist sehr bezeichnend für den Charakter des Herrn Schneppenhorst. Es wurde die Einigung des Proletariats verlangt. Die Kommunisten lehnten die Beteiligung ab. Vorsitzender: Es wurde ja eine Ministerliste vorgelesen. Mühsam: Die Namen wurden durchgelesen, Minister Segitz sagte, er könne sich nicht endgültig äußern, müsse erst seine Partei befragen, erklärte aber: Keine Sympathie habe ich. Vorsitzender: Segitz erklärt, daß er gefagt habe, München sei doch nicht Bayern. Ebenso behauptet Schneppenhorst, daß er sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen habe. Mühsam: Das ist ungefähr das Gegenteil von dem, was wahr ist. Im übrigen habe ich

gegen Schneppenhorst Anzeige wegen Meineid

erhoben. Schneppenhorst ist der bayerische Koske. Ich halte gegen seine Ernennung zum Volksbeauftragten protestiert. Er wollte aber durchaus Minister werden. Vorsitzender: In der entscheidenden Sitzung, die in der Nacht zum 7. stattfand, waren Sie auch zugegen. Da sollen auch Damen gewesen sein, von denen Schneppenhorst sagte, daß sie einen recht schlechten Eindruck gemacht haben. Mühsam: Ich glaube, daß es für die Damen wenig schmeichelhaft wäre, wenn sie auf Herrn Schneppenhorst einen guten Eindruck machten. Vorsitzender: Zeuge Feldwibel Keuner sagt, es sei eine hinterbunt zusammengezwängte Gesellschaft gewesen, junge Mädels und Lausbuben dabei.

Mühsam spricht wiederholt von dem furchtbaren Unglück, das über Bayern gekommen sei durch Wiederbeseitigung der Räterepublik. Auch auf die Zeitungen ist er sehr schlecht zu sprechen und erklärt, er halte alles, was in der Zeitung stehe, für eine Lüge, bis ihm das Gegenteil bewiesen werde. Der Festsetzung von Geiseln habe er zugestimmt, dagegen mißbilligt er entschieden ihre Erschießung. Die Einstellung der Russen in die rote Armee sei für ihn etwas Selbstverständliches gewesen.

Der Vernehmung Mühsams schließt sich die von

Dr. Arnold Wadler

an. Er gibt an, daß er mit seinen Eltern frühzeitig von Krautau nach München gekommen sei. Hier sei er seit 1909 bayerischer Staatsbürger und seit 1914 Reichsbürger. Bei Kriegsausbruch habe er sich freiwillig gestellt und sich gedrängt, ins Feld zu kommen, weil er damals fort an den Verteidigungskrieg geglaubt habe. 1915 sei er Leutnant geworden. 1917 sei er vom Kriegsministerium zum Generalstabsoberleutnant in Brüssel abkommandiert worden, um dafür zu sorgen, daß Bayern seinen Anteil an den freiwilligen Arbeiteranwerbungen in Belgien erhalte. Mit der Zwangsdeportation habe er nichts zu tun gehabt. Vorsitzender: Da bin ich aber erstaunt, einen Bericht von Ihnen vorzufinden, der im schroffen Gegensatz zu dem von Ihnen betonten proletarierfreundlichen Standpunkt steht. In diesem Bericht sagen Sie: Belgien ist das große Arbeiterreservoir für Deutschland, die Zwangsabführungen hätten der deutschen Kriegswirtschaft Hunderttausende Fach- und Hilfskräfte ersetzt, wenn sie nicht auf Befehl des Kaisers aus politischen und diplomatischen Gründen eingekerkert worden wären.

Sie treten weiterhin für Fortsetzung einer großzügigen belgischen Arbeiterdeportation ein.

Wenn Sie so arbeitserfandlich eingestellt sind, hätten Sie für Ihre Verlon doch diese Zwangsmaßregel ablehnen müssen. Angeklagter: Ich hatte keine anderen Informationen. Vorsitzender: Ein Mann, der die Nationalökonomie studiert, sollte sich doch nur nach den Prinzipien richten, die er selbst empfindet. Ich würde niemals, obwohl ich nicht zu einer Partei gehöre, einen solchen Bericht gemacht haben. Verteidiger Gaensler: Es ist nur ein Satz aus dem Zusammenhange herausgerissen. Vorsitzender:

Im Zusammenhange ist es noch viel schlimmer.

Es heißt da: Wenn wir mit einer längeren Kriegszeit rechnen, müßte in großzügigem Maße zur Ueberführung der Arbeiter geschritten werden. Diese Berichte lassen verstehen, daß Sie in den

Verdacht des Alibentums

gekommen sind. Es könnte sogar die Entente daraus einen Grund folgern, Ihre Auslieferung zu verlangen. Wir wollen aber dieses unerfreuliche Kapitel der Zwangsdeportationen bei Seite lassen. Sie haben auch 1916 den Antrag gestellt, zum Oberleutnant befördert zu werden, damit Sie in Ihrem Verkehr mit den höchsten Beamten sich größeres Ansehen geben könnten. Der Antrag wurde abgelehnt. Dr. Wadler gibt dann an, daß er eine Schweizerin geheiratet habe und in die Schweiz gekommen sei. Dort habe er Gelegenheit gehabt, die Dinge anders zu beurteilen und sei zur Ueberzeugung gekommen, daß es sich doch nicht für uns um einen reinen Verteidigungskrieg handelte. Er sei Ende Dezember 1918 der U. S. B. beigetreten, aber schon vor der Revolution für die Umwälzung eingetreten. Er sei auf dem Hülfskongreß Anhänger des Rätebundes gewesen. Der Rätebund auf dem Rätekongreß habe ihn immer mehr nach links gedrängt. Er habe die Räterepublik ohne Prüfte und Gewalttätigkeiten erprobt.

Die Verhandlung wird darauf auf Dienstag vertagt.

Metta Jacobs. In ihren Heimatländern wollen diese Frauen dann in Wort und Schrift die Ernährungsstände bei und nach eigenen Beobachtungen schildern und zur Verringerung der Not, unter der besonders Frauen und Kinder unglücklich gelitten haben, beitragen.

Letzte Nachrichten.

Fortdauer des Berliner Verkehrsstreiks.

Berlin, 7. Juli. Heute nachmittag haben die städtischen Straßenbahnen auf dem Bahnhof Anhalterstraße und die Hochbahn auf dem Bahnhof Gleisdreieck Versammlungen abgehalten, in denen wieder aufgefordert wurde, weiter auszuharren im Streik und die Forderungen durchzusetzen. Die Angestellten der „Großen Berliner“ wollen morgen nachmittag ebenfalls wieder zusammentreten, um die Streiklage zu besprechen. Im Zusammenhang mit dem Verkehrsstreik scheint sich ein Aufstand der Arbeiter der Imperial-Continental-Gas-Association, deren Hauptverwaltungsbureau sich in der Glisenerstraße befindet, zu entwickeln. Diese Gasanstaltsarbeiter haben an den Vollzugsrat ein Schreiben gerichtet, in welchem sie aufbieten, alles zu tun, daß der Verkehrsstreik beigelegt wird. Sie verweisen darauf, daß viele ihrer Kameraden in den Höfen der Gasanstalten schwer arbeiten müßten und nicht in der Lage wären, die häufig weiten Wege zu Fuß zurückzulegen. Sie drohen ebenfalls mit Niederlegung der Arbeit, falls nicht bis zu einem bestimmten Termin die Verkehrsmittel wieder funktionieren. Gleichzeitig sprechen sie die Erwartung aus, daß die Verkehrsbehörden ihren Angestellten entgegenkommen. (Siehe 4. Seite.)

Gewerkschaftsbewegung

Vorschau oder Entschuldungsbeihilfe.

Aus der Fülle der Zuschriften, die uns durch die Behandlung der Angelegenheiten bei der A.G. unter der Spitzmarke „Aus Dr. Mathen aus Reich“ zugegangen sind, möchten wir heute noch folgende zum Ausdruck bringen:

Unter vorgenanntem Stichwort brachten Sie in den letzten Tagen mehrere Veröffentlichungen, die sich mit den Gehaltsverhältnissen bei der A.G. beschäftigten und ein wenig erfreuliches Bild von den dortigen Zuständen brachten. Ihrer Meinung, daß man Hand- und Kopfarbeiter in Lohnfragen nicht gegeneinander auspielen soll, pflichte ich bei, da sie sich eigentlich in jeder Weise unterstützen sollen. Nichtsdestoweniger ist aber die Lage der Angestellten derzeit brüderlich, daß eine finanzielle Besserung nötig ist, namentlich wenn man die Stellung der Beamten in den Unternehmungen und die hierdurch bedingten Aufwendungen für die Lebensführung in Betracht zieht.

Es ist wohl allgemein bekannt, daß sich eben infolge der Notlage; in den Kreisen der Angestellten der Metallindustrie Bestrebungen bemerkbar machten, abermals eine einmalige Wirtschaftsheilife, eine Entschuldungssumme zu erhalten, das Tarifprovisorium und alle seine schönen Folgen hat ja nur Unzufriedenheit erzeugt. Bisher habe ich in der Presse nur über die Verhandlungen bei Bergmann gelesen; aber auch bei der A.G. war man tätig, es wurden aber in den einzelnen Betrieben verschiedene Summen gefordert.

Das Folgende aber, das wie ein Scherz, und zwar ein schlechter, ammutet, wenn die Sache nicht zu ernst wäre, möchte ich Sie bitten, zu veröffentlichen.

Die Leitung der A.G. hat sich, nachdem ihr die Forderungen mitgeteilt waren, mit dem „Verband Berliner Metallindustrieller“ beraten und das Resultat war, eine Entschuldungssumme abzulehnen, den Angestellten aber, soweit sie versicherungspflichtig sind, einen Vorschau anzubieten, der in Erkenntnis der schlechten Lage auf 250 bzw. 350 M. für Ledige und Verheiratete festgelegt wurde. Die Gründe zu diesem Vorgehen sind die allbekannten Hinweise auf die schlechten Zeiten für das Unternehmertum. Auch andere Angestellte sollten nach Stellung eines Antrages an dieser Versammlung teilnehmen dürfen. Die Angestelltenschaft war aber so charakterfest, daß sie dieses Angebot einmütig ablehnte, hauptsächlich mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Zügelung. Bis 1920 sollten keine Gehaltsablässe gemacht werden, außer der neue Tarifvertrag hätte Gehaltsaufbesserungen zur Folge, die dann aber ganz einbehalten werden sollten. Im nächsten Jahre sollte dann über die Zügelungsfrage wohlwollend beraten werden, abgezogen aber soll der Vorschau auf alle Fälle werden. Man wollte also die Angestellten in ein monatliches finanzielles Abhängigkeitsverhältnis bringen, wodurch ihre Einkünfte in kommenden Monaten noch weiter gedimmiert werden sollten. Auf etwas Derartiges darf man sich keinesfalls einlassen. Und was sind denn überhaupt heute 350 M., wo den Beamten so viel fehlt und so viel angeschafft werden muß?

Auf diese an die Direktion der A.G. in der Sonntagsnummer gerichtete Frage, wieviel Angestellte mit zwei Kindern in der A.G. beschäftigt sind, erhalten wir folgende Antwort:

Wir müssen hierzu bemerken, daß in unserer Erwiderung und ein Schreibfehler untergegangen ist, den wir hiermit richtigstellen. Es sind bei der A.G. beschäftigt: Angestellte mit zwei Kindern 9 Proz. der Gesamtbelegschaft.

Angestellte mit 3 und mehr Kindern 4 Proz. der Gesamtbelegschaft.

Von den Angestellten mit zwei Kindern haben ein Monatslohn von über 400 M. 97 Proz.

Von den Angestellten mit zwei Kindern beziehen mehr als 500 M. Monatslohn 57 Proz.

Wörter Groß-Berlins!

Ein Teil der Unternehmer stellt sich ablehnend zu unserer gerechten Forderung betreffend wöchentlich 30 M. Feuerungszulage sowie auch in der Urlaubsfrage. Unsere außerordentliche Versammlung am 15. Juli, abends 6 Uhr, bei Voeder, Weberstraße 17, in welcher die Vertrauensleute sämtlicher Werkstätten über die Zustände ihrer Arbeitgeber Bericht erstatten, wird voranschreitend neue endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen.

Zu dem Bericht über die Versammlung der Gasarbeiter in der Montag-Morgennummer des „Vorwärts“ erhalten wir vom Branchenleiter der Gasarbeiter Essen eine Zuschrift, der wir folgenden entnehmen: Der Redner, der die Gründung einer Organisation auf syndikalistischer Grundlage forderte, wurde von den Kollegen Wagners auf das energischste zurückgewiesen, und darauf hingewiesen, daß an eine Zersplitterung innerhalb der Organisation nicht gedacht werden kann und darf. Der letzte Satz des Berichts betraf einen Antrag, eine Entschuldungssumme von 1200 M. zu fordern, ist infolgedessen unzutreffend, als die Höhe der Summe überhaupt nicht zur Abstimmung gelangte, sondern der Branchenleitung anheimgestellt wurde, eventl. eine Entschuldungssumme einzureichen.

Der Groß-Berliner Verkehrsstreik

Noch immer zeigt das Straßenleben Groß-Berlins infolge des nun eine Woche völlig darniederliegenden Verkehrs ein für die Großstadt ungehörtes Gepräge. Die aus der Verkehrsmisere entstandenen Erfindungsmittel bilden nur einen Notbehelf, der aber namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung sich als viel zu kostspielig erweist. Und sie kommt ja für diese Fuhrwerke, deren Zahl täglich gewachsen ist, nur in Frage, denn die bestehenden Klassen bedienen sich der noch kostspieligeren, aber desto besseren Beförderungsmittel. Und trotzdem diese Zustände immer unerträglich werden, deutet noch kein sicheres Zeichen auf das baldige Ende des Streikes hin.

Am gestrigen Montagnachmittag kamen die Angestellten der Städtischen Straßenbahn in dem Bahnhof Knieprodestraße zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Mitglieder der Zentralstreikleitung erstatteten Bericht und wählten zur Solidarität. Bei dem gegenwärtigen Streik handelt es sich bei den städtischen Straßenbahnern um eine Lebensfrage. Unterliege die Arbeiterchaft, so sei sie ein für allemal verloren. Auch hier ließen sich die Versammelten zur Annahme einer Resolution bestimmen, die an einer wohl nicht genügend beachteten Stelle eine Verkündung gegen den „Vorwärts“ ausdrückt.

Eine Hochbahnerversammlung im Gleisdreieck sollte auf Befehl der Leitung von Berichterstattern der nicht für den Verkehrsstreik begeisterten Presse freigegeben werden. Aber mit erheblicher Mehrheit wurde beschloffen, einen Journalisten, dem es gelungen war, die Sperrung zu passieren, zuzulassen. Dieses Abstimmungsresultat ließ es die Versammlungsleitung für angezeigt halten, eine Abstimmung nicht anzuordnen, es blieb lediglich bei einer allgemeinen Aussprache. Vorher hatte ein Mitglied der Streikleitung über den bisherigen Verlauf des Streiks referiert und zur Ausdauer ermahnt, im Hinblick darauf, daß die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke am Mittwochmittag, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden, in den Ausstand treten.

Wie wir hören, ist wenigstens bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken von einem solchen Ultimatum der Arbeiter nichts bekannt. Bezeichnend!

Eine Erklärung der Streikleitung.

Zu dem vom Arbeitgeberverband der deutschen Kleinbahnen, Straßenbahnen und Privatbahnen veröffentlichten Erklärung über die angebotenen Löhne teilt uns die Streikleitung folgendes mit: Wir vernichten in der Veröffentlichung des Arbeitgeberverbandes die Mitteilung über die hohen Abzüge; die Höchststufe des angebotenen Verdienstes erhält nur ein kleiner Prozentsatz des vorhandenen Personals. Da unsere Forderung am 18. Mai vor Abschluß des Kollektivvertrages eingereicht war, mußte diese auch außerhalb des Kollektivvertrages verhandelt werden. Wir stellen noch fest, daß das gesamte technische Personal durch keinen Kollektivvertrag gebunden ist. Letzteres wurde im Januar nicht mit 500 Mark, sondern mit 120 M. bedacht. Die geforderte Entschuldungssumme von 700 M. ist für die gestiegenen Lebensmittelpreise für die zurückliegende Zeit berechnet. Die Verhandlungen im Vollzugsrat ergaben klipp und klar, daß der Arbeitgeber wohl in stande ist, unserer Forderung Rechnung zu tragen. Er will jedoch von seinem eingetommenen Herrschaftspunkt nicht weichen. Im Anschluß hieran vertritt die Zentralstreikleitung die politischen Wochenschriften der Bezirksleitung der S. P. D. Groß-Berlins. Die von ihr herausgegebenen Flugblätter dienen nicht zur Aufklärung des wirtschaftlichen Kampfes, sondern bewegen lediglich die politische Aufpeisung der arbeitenden Massen unter sich, wozu das Unternehmertum großes Interesse hat.

Den streikenden Kollegen zur Kenntnis, daß heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vier Versammlungen des gesamten Verkehrs-personals Groß-Berlins an folgenden Orten stattfinden: 1. Hochbahnhofs Nordring, Schönhauser Allee, 2. Untergrundbahnhof Wismarstraße, 3. Hochbahnhof Warschauer Brücke, 4. Städtischer Straßenbahnhof Urbanstraße 168. Im Interesse eines jeden am Verkehrsstreik beteiligten Kollegen wird unbedingt Erscheinen erwartet. Zwecks Kontrolle ist Ausweis erforderlich.

Was verdienen die Straßenbahner? Auf die vom Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen veröffentlichte Erklärung wird uns aus den Kreisen der Straßenbahner mitgeteilt, daß der in der Erklärung angegebene Verdienst von 400 M. monatlich nicht voll erreicht wird. Laut Anschlag auf den Bahnhöfen der Großen Berliner Straßenbahn soll jeder Ausbisschaffner und Fahrer einen Tageslohn von 14,30 M. erhalten. Werden zwei nicht bezahlte freie Tage neben den zwei bezahlten monatlich in Abrechnung gebracht, so verringert sich diese Summe um 23,60 M. Da das Personal aber statt zwei freien nicht bezahlten Tagen deren 5-6 im Monat hat, weil zuviel Personal vorhanden ist, so ergibt sich ein erhebliches Minus. Abzüglich des Kranken- und Invalidengeldes von 10,20 M. erhielt ich, so betont ein Einfender, im Monat Juni 848,80 M. Wie mir, so ergibt es einer großen Anzahl meiner Kollegen. Im Monat Januar 1919 zahlte die Große Berliner jedem Ausbisschaffner und Fahrer am Anfang jeder Woche (2., 12. und 22.) 133,48 M. abzüglich 3,40 M. Krankengeld. Dieses System wurde

im Monat Februar wieder geändert. Die größte Erbitterung herrscht unter den Angestellten darüber, daß sie den Lohn, den sie laut Anschlag verdienen sollen, nie voll bekommen.

Stimmen der Arbeiterfrauen.

Wie sehr der Verkehrsstreik auf die erwerbstätigen Schichten von Nachteil ist, zeigt folgende aus den vielen bei uns eingelaufenen Zuschriften: Acht Tage lang müssen nun schon viele Frauen und Mädchen weite Wege zu Fuß machen. Infolge des langen Krieges unterernährt, durch vieles Ansehen beim Einlaufen geschwächt, haben gerade diese Frauen und Mädchen durch den Verkehrsstreik doppelt zu leiden. Eine erwerbstätige Frau kann unmöglich, ohne Schaden zu leiden, stundenweite Wege machen. Sie muß die holperigen Fuhrwerke benutzen. Heute beim Lesen des Berichtes von der Vollversammlung der Arbeiterkräfte Groß-Berlins stoße ich auf einen Antrag, keine Fuhrwerke zu benutzen. Wenn dieser Antrag schließlich von den streikenden Männern gestellt wäre, wollte ich darüber hingehen, aber daß sich eine Frau dazu findet, diesen Antrag zu stellen, treibt einem die Schamröte ins Gesicht. Weiß diese Frau denn nicht, wie es um und arbeitende Frauen in gesundheitlicher Beziehung bestellt ist? Weiß diese Frau auch nicht, daß wir der Not geborchen, wenn wir schließlich einen der Wagen benutzen, damit wir rechtzeitig zu unseren Kindern kommen können?

Protest der Gasarbeiter.

Das Personal der Gasbetriebsgesellschaft hat folgendes Schreiben an den Vollzugsrat gerichtet:

Die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft (Imperial Continental Gas-Association), Ostbahner Straße, erheben hierdurch Protest gegen den Verkehrsstreik. Es ist unverantwortlich, daß nicht auf schnellstem Wege eine Einigung gefunden werden kann. Die Körperlich sehr schwer arbeitenden Ofenarbeiter, die ihre Tätigkeit bei mehr als 60 Grad Wärme verrichten müssen, sind körperlich aufs höchste angegriffen, wenn sie täglich Wege von zwei bis drei Stunden zweimal zurückgehen müssen. Auch alle anderen Arbeiter können das nicht aushalten. Sollten die Streikenden am Montag, den 7. Juli, den Betrieb nicht voll aufnehmen, dann werden wir nicht von den äußersten Mitteln zurückzukehren und den Betrieb der Gaszeugung sofort einstellen. Das arbeitende Proletariat hat ein Recht darauf, von den Verkehrsstreikern eine bessere Behandlung zu verlangen. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft.

Das Vollzugsratsmitglied Malkahn, Vorsitzender des Gewerkschaftsausschusses des Vollzugsrats, sagt in einer Erwiderung auf die Erklärung des Arbeitgeberverbandes der Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen u. a.: In der Verhandlung am 4. Juli im Vollzugsrat gaben die Unternehmer folgende Erklärung ab: 1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf. 2. Die Arbeitgeber erklären sich damit einverstanden, daß mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse die kritische Frage schon jetzt erneut dem Hauptausschuß, der den Schiedsspruch vom 24. Juni gefaßt hat, unterbreitet wird. 3. Beide Parteien erklären sich bereit, den neu zu fällenden Schiedsspruch als endgültig bindend anzuerkennen. Die Arbeitnehmer mochten folgenden Gegenvorschlag: 1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf, sobald die Verhandlungen beendet sind. 2. Punkt 2 der Arbeitgeber erklären sich die Arbeitnehmer einverstanden. 3. Punkt 3 machten sie den Vorschlag, daß beide Parteien sich bereit erklären sollten, den neuen Schiedsspruch ihren Monatsgehältern zur Annahme zu empfehlen. Rein objektiv betrachtet, haben also die Verhandlungen die Möglichkeit für den sofortigen Zusammentritt des Hauptausschusses ergeben. Diese Möglichkeit wird auch nicht beeinträchtigt durch die in Punkt 1 und 3 ihrer Erklärung von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen. Wenn nun die Arbeitgeber unter Anschuldigung aller möglichen Formalitäten den Rückzug antreten, so bedeutet das, daß sie keinerlei Interesse an der Beilegung des Streites haben, sondern unter allen Umständen ihren Herrschaftspunkt hervorkehren wollen. Diese schroff ablehnende Haltung ist weiter darauf zurückzuführen, daß die Verkehrsbetriebe vom 1. Januar 1920 ab an den Zweiverband übergeben sollen. Damit haben die Vertreter der Verkehrsbetriebe einen starken Rückhalt bei den Kommunalbehörden und leider bei dem Reichsarbeitsministerium sowie bei dem preussischen Eisenbahnminister gefunden. Durch dieses Zusammenwirken von Privatkapital und Behörden wird weder der soziale Frieden wiederhergestellt, noch die Verkehrsmisere beseitigt. Vom Hauptausschuß erwarten wir nach wie vor, daß er trotz alledem sofort neue Verhandlungen anbahnt.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Regierungsrat Hausmann, hat sich geäußert, er stimme mit den Arbeitgebern in der Auffassung überein, daß die Wiedereinberufung des Hauptausschusses lediglich Sache der beiden Parteien sei, von denen allein in gegenseitiger Einverständnis der Antrag auf Zusammentritt gestellt werden könne. Ein Ansuchen von dritter Seite sei nicht zulässig, einem solchen Anruf könne er nicht Folge leisten.

Verantwortlich für Politik: Felix Adler, Charlottenburg. In den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neubrück; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstr. 2, Stern 1 Verlag.

Leipziger Str.
Königsstraße
Moritzplatz
Rosenhafer Str.

A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.

Versand-
Abteilung
Berlin W66
Leipziger Str.

Herrenbekleidung		
Herren-Anzüge in modern. Formen		
Herren-Ulster für die Reise		
Gestreifte Herren-Beinkleider		
in verschiedenen Preislagen		
Fantasie-Westen * Lüster-Sakkos		
Wasch-Anzüge, -Hosen und -Joppen		
Dunkelblaue Jünglings-Anzüge		
in verschiedenen Größen		
frei durchweg	195.00	210.00
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 30%;"> <p>Verkauf am Leinenlager</p> </div> <div style="width: 40%;"> <p>Hemdentuch kräftige Qualitäten . . . Meter 7.50</p> <p>Roh-Nessel starktädig Meter 5.80</p> <p>Sportflanell cirka 75 cm breit, einfarbig, Meter 7.50</p> </div> <div style="width: 30%;"> <p>Verkauf am Waschstofflager</p> </div> </div>		
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 30%;"> <p>Verkauf am Wäschelager</p> </div> <div style="width: 40%;"> <p>Baumwoll-Musselin hellgrundig Blumenmuster Meter 7.25</p> <p>Wasch-Krepon in hellen Farben . Meter 8.25</p> <p>Schleierstoff mit hellen eingewebten Streifen Meter 8.50</p> </div> <div style="width: 30%;"> <p>Sport-Bluse aus Nessel-Leinen 19.75 24.75</p> <p>Sport-Bluse aus Nessel-Leinen 26.75</p> </div> </div>		

Wenden und Umarbeiten von Herren-Garderobe

Elegante Herren-Armbanduhr viereck. Form, breites Lederband, Ankerwerk, 14kara. Gold, mit u. ohne Radium **25000**